

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 205 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 2/2012 VOM 7. FEBRUAR 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Stadthaushalt Eberswalde auf solider Basis**
Stellenplan ist Schnee von gestern


7 | **Christoffers und 50-Hertz in der Akzeptanzoffensive**
Planfeststellung 380-kV-Leitung

12 | **Poker am Persischen Golf**
Kommt der nächste Ölkrieg?

»Das HOKAWE ist wirtschaftlich und ein Beitrag für den Umweltschutz«

Über diesen Witz kann man nicht lachen!

von Johannes Madeja



Am 23. Januar stand das HOKAWE auf dem TWE-Hafengelände schon einmal still. Eine Havarie. Das Stromkabel zum Umspannwerk war beschädigt worden und das Kraftwerk mußte heruntergefahren werden. Sozusagen Probebetrieb für die Zukunft. Doch dazu will es Landrat Bodo Ihrke nicht kommen lassen. Er möchte das insolvente Werk kaufen und von einer kreiseigenen Gesellschaft weiter betreiben lassen. Dafür braucht er zunächst 17 Millionen Euro. Diesen Finanzbedarf haben ihm seine Gutachter ausgerechnet. Dafür will er neue Schulden machen. Sehen wir uns das mal genauer an:

Die von den Gutachtern errechnete Wirtschaftlichkeit beruht auf Bonuszahlungen. Für die Umrüstung auf ein »wärmegeführtes Kraftwerk«, d.h. die Möglichkeit der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), gibt es einen Investitionszuschuß. Aber noch ist völlig unklar, wer dem HOKAWE die Wärme abkauft und zu welchem Preis. Bei Auskopplung von Wärme geht die elektrische Leistung zurück, die in erster Linie das Geld bringt. Als Ausgleich gibt es den KWK-Bonus. Daher kommt es gar nicht so sehr darauf an, welcher Preis beim Verkauf der Wärme erzielt wird, sondern darauf, daß die Stromproduktion an die Wärmenutzung gekoppelt ist. Ein weiterer Bonus ist der NAWARO-Bonus. Den bekommt man, wenn man als Energieträger NACHWACHSende Rohstoffe einsetzt. Und schließlich gibt es noch die Einspeisevergütung für den Strom. Die liegt natürlich über dem Marktpreis von Strom.

Alle diese Bonuszahlungen tragen wir mit dem Strompreis. Wir hören die täglichen Jammergesänge der Energiekonzerne, daß die erneuerbaren Energien so teuer sind. Nur die seien schuld, daß Strom so teuer sein muß! Nicht etwa die ausufernden Gewinne der Konzerne!

Jeder weiß: Eine Wirtschaftlichkeit die auf Förderungen und Bonuszahlungen beruht (früher nannten wir das Subventionen) steht auf tönernen Füßen. Ohne Bonuszahlungen und Förderung – aus Steuermitteln versteht sich – kann sich das HOKAWE nicht am Markt halten.

Soviel zur Wirtschaftlichkeit.

Kommen wir zu den nachwachsenden Rohstoffen. Hier geht es um Holz. Genauer: Energieholz! Das ist Qualität D. Das HOKAWE braucht jährlich 160.000 Tonnen lufttrockenes Holz. Pro Hektar Wald fällt eine Tonne Energieholz an. Um die erforderliche Menge zusammenzubekommen muß man entweder weit fahren (es ist ein Radius von 160 km um das HOKAWE angesetzt) oder man muß auch andere Qua-

litäten, etwa Industrieholz, Qualität C, verbrennen. Das HOKAWE wird alles Holz verbrennen, das billig angeboten wird. Die Qualität spielt da nur eine untergeordnete Rolle. Zwar sprechen die Holzexperten gern von sog. Kaskadennutzung, aber das ist wohl mehr eine Vision oder ein Propagandatrick.

Vattenfall geht sogar noch weiter – im wahren Sinn des Wortes. Der Konzern will Gummibaumholz aus Liberia, einem wirklich armen Land, nach Berlin holen, um es hier zu verbrennen. Den Berlinern wird erzählt, derlei sei nachhaltig. Daß die Liberianer dann kein Holz mehr haben, um ihre Speisen zuzubereiten – einfach weil keins mehr da ist oder unbezahlbar teuer – das interessiert Vattenfall wohl eher an Rande.

Soviel zu der Behauptung: Es ist genug Holz da, das nur darauf wartet, verbrannt zu werden!

Betrachten wir schließlich noch den Beitrag für den Umweltschutz, den das HOKAWE angeblich leistet. Ich erinnere an die angestrebte sog. Null-Emissionsstrategie des Landkreises. Das HOKAWE »spart« 20.000 Tonnen Kohlendioxid ein, weil es keine fossilen Energieträger einsetzt. Eine einfache Rechnung ergibt, daß bei Verbrennung von 160.000 Tonnen Holz eine Menge von 250.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das wird klimawirksam! Diese Zahl findet man aber in den Unterlagen zum HOKAWE nicht. Es hilft ein Trick! Man definiert einfach, daß diese 250.000 Tonnen gleich null sind, weil sie ja aus »nachwachsendem Holz« entstanden sind. Das ist also »gutes« CO₂. Ich bin zwar sicher, daß die Grünmasse in Feld und Wald hier nicht unterscheiden kann sondern fleißig assimiliert, Kohlenstoff speichert und Sauerstoff produziert – aber nur wenn wir sie nicht abhacken und verfeuern. **Hier von »Null-Emission« zu reden, ist mehr als nur Etikettenschwindel!**

Fortsetzung auf Seite 2

Empörte Kriegshetzer

In der Januarausgabe der »Barnimer Bürgerpost« stand ein Aufruf mit der Forderung, die Kriegsvorbereitungen gegen Iran und Syrien zu beenden. Gefordert wurde wörtlich: »Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!«

Das »übersetzte« die B.Z., das ist die Berliner Bildzeitung, bezüglich Syrien in »... Solidarität mit Diktator Assad« und lieferte damit das Stichwort für einen Sturm der Empörung – wie kann man denn...

Immerhin erfahren wir so, für die B.Z. sind Volk und Präsident Syriens ein und dasselbe. Wer hätte solches von einem Springerblatt erwartet.

Die Reaktion des Pressesprechers der Linkspartei Alexander Fischer erscheint da unnötig und überzogen. Richtig ist, daß die B.Z.-Behauptung schlicht falsch ist. Daran ändert auch nicht, daß CDU/CSU und FDP – vielleicht, weil sie sich in ihrer Kriegshetze erlappten – die Springervorlagen in einer »Aktuelle Stunde« des Bundestags aufgriffen.

Bezeichnend übrigens auch die Äußerung des Grünen Volker Beck, der sich durch die Aussage der linken Fraktionssprecherin für internationale Beziehungen Sevim Dagdelen, die Antikriegsline sei »zu 100 Prozent Parteiprogramm« sich »in die 80er Jahre« versetzt fühlte. Damals waren die Grünen Antikriegspartei.

Weder der Solidaritätsaufruf im allgemeinen, noch die linken Bundestagsabgeordneten und die anderen Mitunterzeichner des Aufrufs im besonderen, haben dem syrischen Präsidenten ihre Solidarität erklärt. Solidarität gilt ausdrücklich dem syrischen Volk. Die B.Z.-Lüge als solche zu bezeichnen, war legitim. Das hat Alexander Fischer richtig gemacht. Sicherlich ist auch die Aussage richtig, daß kein Linker mit »irgendeinem Präsidenten solidarisch (ist), der auf sein eigenes Volk schießt«.

Fischer läßt formal offen, ob Assad solch ein Präsident ist. Dennoch klingt bei ihm eben dieser Vorwurf ziemlich deutlich hervor. Daß Assad ein solcher Tyrann ist, verbreiten Medien wie die B.Z. Wieviel davon wahr ist, kann man schwer nachprüfen. Fakt ist nur, daß diese Vorwürfe, ob nun wahr oder nicht wahr, als Anlaß dienen für eine ungehemmte Kriegshetze.

Dagegen verwehrt sich der Linken-Sprecher leider nicht. Er hüpfte über das hin gehaltene Stöckchen und bediente zumindest indirekt die Propaganda der Kriegshetzer.

Krieg, das zeigen die »Friedenseinsätze« der Nato von Jugoslawien bis Libyen, vervielfacht die Zahl der Getöteten, zerstört auf Dauer die Infrastruktur der angegriffenen Länder und erzeugt massenhaft neue Konflikte, die letztlich wiederum nur mit Waffengewalt unter der Decke gehalten werden können.

Probleme in der Welt können heutzutage mehr denn je nur friedlich gelöst werden. Was voraussetzt, daß dabei auch die Interessen aller Beteiligten Berücksichtigung finden.

GERD MARKMANN

Fortsetzung von Seite 1

Über diesen Witz kann man nicht lachen!

Fassen wir zusammen: Das Energieholz – im wesentlichen assimilationsaktive Grünmasse – trägt durch Bindung von CO₂, Erzeugung von Sauerstoff und Bindung und Verdunstung von Wasser erheblich zur Stabilisierung eines gesunden Klimas bei. Ausreichend Grünmasse macht unsere Wälder widerstandsfähig gegen klimatische Extremereignisse und ist deshalb unverzichtbar. Die Verfeuerung im HOKAWE führt zur weiteren Anreicherung von CO₂ in der Atmosphäre.

Auch ist angesichts der Aufwendungen für Erzeugung, Bereitstellung und Antransport von Energieholz die Verbrennung von Holz nicht klimaneutral. Holz verbrennen um Strom oder Wärme zu erzeugen ist nicht immer klimaneutral oder nachhaltig. Es lohnt sich schon, genauer hinzuschauen! All das ist gesichertes Wissen, ausreichend bewiesen und be-

legt. Es bedarf dazu keiner zusätzlichen Untersuchungen, Studien, Gutachten etc.

Eine Fortsetzung des Holz-Verbrennungsbetriebes des HOKAWE ist sowohl aus ökonomischer als auch ökologischer Sicht abzulehnen.

Jeder Versuch, die Wirtschaftlichkeit schön zu reden bzw. schön zu rechnen, scheitert an der ökonomisch-ökologischen Realität. Aber auch aus Gründen des Klimaschutzes und der notwendigen Bewahrung des Waldes als Material-Ressource, als Kohlenstoffspeicher und Sauerstoffspender kommt eine Fortsetzung des Verbrennungsbetriebes nicht in Frage. Das HOKAWE war und ist eine Fehlinvestition

Der Betrieb kann nur unter großen Verlusten und Schäden für die Umwelt und zu Lasten des Steuerzahlers am Leben erhalten werden. Der vorauszu sehende Schaden ist nicht zu verantworten.

Klimaschutzbeauftragte

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde verfügt künftig im Baudezernat über eine Sachbearbeiterin, die für Energie und Klimaschutz in der Stadt zuständig ist. Wie die Dezernentin Anne Fellner im Januar die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt informierte, ist Severine Laufer seit dem 1. Januar im Amt für Stadtentwicklung tätig. Bisher war Frau Laufer im Amt für Wirtschaftsförderung tätig. In einer der nächsten Ausschusssitzungen, so Anne Fellner, werde eine Konzeption zu Energie und Klimaschutz vorgestellt.

DSL-Probleme

Eberswalde (bbp). Erst im vorigen Jahr konnte die Clara-Zetkin-Siedlung an das schnelle Internet angeschlossen werden. Doch die Probleme wollen nicht enden. Der Stadtverordnete Jörg Schneidereit (Die Linke) informierte jüngst im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt darüber, daß es in der Siedlung mehr unzufriedene als zufriedene DSL-Kunden gebe. Von der Deutschen Telekom wurde ihm bestätigt, daß der DSL-Anbieter derzeit mit erheblichen Software-Problemen zu kämpfen habe.

Spendenaffäre aufgearbeitet

Eberswalde (bbp). »Meine Wahlversprechen werde ich halten. Ab Montag wird ein Jurist die Aufarbeitung der sogenannten Spendenaffäre vornehmen. Seine Ergebnisse werden in 4-6 Wochen vorliegen und dann werden gegebenenfalls Konsequenzen gezogen, ohne Ansehen der Person.« Das sagte Bürgermeister Friedhelm Boginski bei seinem Amtsantritt am 30. November 2006. Aus den 6 Wochen sind inzwischen 6 Jahre gewor-

den. Doch nun kommt er, der lange erwartete Bericht zur Spendenaffäre. Das viele Seiten umfassende Schriftstück wurde dieser Tage an die Mitglieder des städtischen Hauptausschusses verteilt. Der Hauptausschuß berät darüber am 16. Februar und noch einmal am 22. März. Eine Woche später steht der Bericht dann auf der Tagesordnung der am 29. März tagenden Stadtverordnetenversammlung.

Eberswalde ohne Beigeordneten

Eberswalde (bbp). In seiner Antrittsrede am 30. November 2006 hatte Bürgermeister Friedhelm Boginski betont, daß er an seiner bereits 2004 geäußerten Meinung festhalte: »Für Eberswalde reicht ein Beigeordneter völlig aus.« Mit der Ablösung des Dezernenten und Beigeordneten Uwe Birk, dem die Leitung des Bürger- und Ordnungsamt übertragen wurde, und der Auflösung von dessen Dezernat setzte Boginski dieses Versprechen ein Jahr später um.

Wie jetzt bekannt wurde, geht er noch weiter. Im Entwurf der geänderten Hauptsatzung ist gar kein Beigeordneter mehr vorgesehen. Die Amtszeit des Ersten Beigeordneten Lutz Landmann läuft am 31. Dezember 2012 aus.

Wenn die Stadtverordneten der Satzungsänderung ihren Segen geben, wird für die Zeit danach kein neuer Beigeordneter mehr gewählt. Im Haushalt sollen so 15.000 Euro pro Jahr gespart werden. Bei drei Dezernaten soll es bleiben. Ob Lutz Landmann dann Dezernent ohne die besondere Weihe eines Wahlbeamten bleiben wird oder ob er, wie gemunkelt wird, aus gesundheitlichen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand geht, steht derzeit nicht offiziell zur Debatte. Das gilt auch für die Frage, ob mit der zusätzlichen Amtsleiterstelle im Baudezernat eine Art Nachwuchsförderung für die Nachfolge zu tun hat, und Boginski eine geschlechtermäßig ausgeglichene Rathauspitze anstrebt.

»Atmosphärisch stark unterkühltes Verhältnis«

Vorgezogene Personalratswahlen in der Barnimer Kreisverwaltung

Eberswalde (bbp). In der Kreisverwaltung Barnim wird im Frühjahr 2012, voraussichtlich im März, ein neuer Personalrat gewählt. Allein vier Vertreter der Arbeitgeberliste, zumeist im Ordnungsamt beschäftigt, haben aus dienstlichen oder persönlichen Gründen ihr Mandat niedergelegt. Und auf Nachrücker kann diese Liste nicht zurückgreifen. Gleiches gilt für zwei Vertreter der Freien bzw. der Alternativen Liste, denen ebenfalls Ersatzmitglieder fehlen. Lediglich der ver.di-Liste stehen noch ausreichend Nachfolgekandidaten zur Verfügung.

Entgegen verbreiteter Gerüchte ist der Personalrat trotz der Mandatsniederlegungen weiterhin beschluß- und handlungsfähig. Dennoch hat der Personalrat im Einvernehmen mit Landrat Bodo Ihrke, der die verbliebenen Mitglieder als Rumpfpersonalrat diffamiert hatte, entschieden, wie schon 2009 die Wahlen vorzuziehen. Ein Wahlvorstand wurde bestellt. Dienstherr Ihrke signalisierte dem Personalrat seine volle Unterstützung und erklärte sein großes Interesse an einer auch zukünftig rechtlicher agierenden Beschäftigtenvertretung.

Inwieweit er darunter einen ihm hörigen, »arbeitsgeberfreundlichen« Personalrat versteht, blieb selbstverständlich sein Geheimnis. Letztlich werden die Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter darüber entscheiden, inwieweit ein Personalrat gewählt wird, der konsequent die Interessen der Beschäftigten vertritt und Kungelei, Vetternwirtschaft, Filz, Hinterzimmerpolitik und Intransparenz insbesondere bei Personalentscheidungen konsequent den Kampf ansagt und dies auch deutlich und ohne Ansehen der Person thematisiert.

Vermutungen, daß der Landrat und sein »Kanzleisekretär«, letzterer zahlendes ver.di-Mitglied, am aktuellen personellen Aderlaß im Personalrat eine gehörige Aktie mittragen, sind im Kreishaus durchaus aktuelles Pausengespräch. Dem 2010 als »Landratsmacher« gefeierten »Kanzleisekretär« wird ohne weiteres getraut, daß er im Frühjahr 2012 zum »Personalratsmacher« avanciert.

Hintergrund sind Auseinandersetzungen auf der jährlichen Personalversammlung vom November. Insbesondere waren kritische Passagen des Berichtes des Personalrates zur Nichtberücksichtigung der gebotenen Mitwirkung des Personalrats bei Auswahlverfahren zur Bestellung von Personal auf wütende Kritik des Landrates gestoßen. Im Ergebnis dieser Personalversammlung beschloß der Personalrat, daß künftig insbesondere die freigestellte Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende Marion

Walter und Kathrin Blohmer an den Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse teilnehmen. Das wurde im Januar erstmalig praktiziert. Leider wurden die beiden ver.di-Kolleginnen wie »aufsässige Kinder behandelt« und weitgehend ignoriert. Kritisiert wird hier auch die Fraktionsvorsitzende der Linken Margitta Mächtigt, die als stellvertretende Vorsitzende im Januar den Kreisausschuß leitete.

Kritisiert wird auch, daß die Kreisverwaltung Barnim zu den wenigen im Land Brandenburg gehört, wo der Personalrat weder im Organigramm der Verwaltung noch in diversen Telefonbüchern oder Infobroschüren auftaucht. Dies wird als Indiz wahrgenommen, daß der Landrat und ein großer Teil des Führungspersonals der Dezernate und Ämter ein »atmosphärisch stark unterkühltes Verhältnis« zum Personalrat, insbesondere zu seiner Führungspitze pflegen. Ausdrücklich als Ausnahme genannt wird übrigens der Erste Beigeordnete und Vize-landrat Carsten Bockhardt, dem ein offenes Ohr für die Sorgen und Probleme des Personalrates bescheinigt wird und der in seinem Dezernat bemüht sei, daß ein von Respekt, Achtung und gegenseitigem Miteinander unter der MitarbeiterInnenschaft geprägter Arbeitsstil herrscht.

Der Mühlenkobold und der Bär

Als es um Bernau noch viele Mühlen gab lebte auf einem Hügel einsam ein Müller in seiner Mühle. In einer tief dunklen Nacht, es regnete in Strömen, klopfte es um Mitternacht an der Mühle.

Der Müller wunderte sich erst, da um diese Zeit noch Mahlgäste kommen. Als der Müller aber mit seiner Lampe vor die Tür leuchtete, da stand dort ein Bärenführer mit seinem schwarzen Bären und bat: »Ach bitte lieber Müller gib uns doch ein Nachtlager. Mein Bär ist schon ganz naß, nicht daß er noch einläuft. Mit einem kleinen Bären kann ich mich ja nicht mehr auf dem Jahrmarkt sehen lassen.«

Der Müller antwortete »Ja, für Euch hätte ich wohl einen Platz auf der Ofenbank in meinem Stübchen, aber wo soll ich mit Eurem wilden Untertum hin?«

»Er könnte doch in der Mühle nächtigen«, antwortete der Mann. »Das ginge wohl«, entgegnete der Müller. »Aber ich muß Euch sagen: Dort ist es nicht richtig. Es spukt in der Mühle ein Kobold umher, der mir seit Jahren Herzeleid angetan hat. Er rumort die ganze Nacht, schüttet die Kornsäcke aus, verstreut das Mehl und treibt noch sonst allerlei Unfug und Mutwillen.«

»Ei«, rief der Bärenführer, »was schadet das? Meinem Bären wird der Kobold nichts anhaben; der wird sich schon seiner Haut wehren. Nehmt uns nur auf! Ich bitte Euch!«

Gesagt, getan. Der Bär wurde in die Mühle gebracht, und dem Bärenführer bereitete der

Müller ein Lager auf der Ofenbank. Mitten in der Nacht erwachten die beiden Männer, weil es in der Mühle furchtbar rumorte. Es ging dort kopfüber und kopfunter, und dazwischen hörte man das tiefe Brummen des Bären und hier und da Quieken und jämmerliches Grunzen.

»Horch«, sagte der Müller, »da hat der Kobold sich an den Bären gemacht.« »Das wird sein eigener Schade sein«, antwortete der Bärenführer. »Ja«, meinte der Müller seufzend, »wenn doch der Bär meinem Plagegeist ordentlich den dicken Kopf zurechtsetzte!« Noch ein heller Schrei, dann war alles still, und die beiden Männer schliefen wieder ein.

Am Morgen fand man den Bären wohlbehalten in der Mühle. Nachdem der Müller seine Gäste noch mit Speise und Trank erquickt hatte, zog der Fremde mit seinem Bären herzlich dankend von dannen. Und siehe! Von Stund an ließ sich kein Kobold mehr in der Mühle sehen. Der Bär mußte es ihm verleidet haben. Wer war glücklicher darüber als der Müller?

So ging wohl ein ganzes Jahr dahin. Da, an einem dunklen Abend, als der Müller still in seiner Stube saß, öffnete sich leise die Tür. Zum Schrecken des Müllers steckte der Kobold



seinen unförmigen Kopf in die Stube und sagte: »Möller, Möller, lewet jowe grote, schwarte Katz' noch?« (Müller, Müller, lebt Eure große, schwarze Katz' noch?)

Rasch faßte sich der Müller und rief: »Jo, deh lewet noch und hett sewen Jungen.« (Ja, die lebt noch und hat sieben Junge.)

Da schlug der Kobold entsetzt die Tür zu kam seitdem nie wieder.

Aus der Sagensammlung von BERND MÜLLER 3

Unwägbare Baukosten

Eberswalde (bbp). Bei großen Projekten wie dem Bildungsbürgerzentrum in der Puschkinstraße müsse immer mit unverhergesehenen Kosten gerechnet werden, sagte Baudezernentin Anne Fellner auf eine Nachfrage des Stadtverordneten Frank Banaskiewicz. In der Beschlussvorlage hieß es daß »gegebenenfalls zur Deckung nichtförderfähiger Kosten benötigte Beträge ... in den kommenden Haushaltsplänen zu berücksichtigen« seien. Bei der Fördermittelstelle, so Fellner, seien diese Kosten mit beantragt worden, eine Bestätigung liege jedoch noch nicht vor. Während der Projektdurchführung werde rechtzeitig Kontakt mit dem Fördermittelgeber aufgenommen und versucht, diese Kosten nachträglich fördern zu lassen.

Engagement gelobt

Eberswalde (bbp). Der Leiter des Eberswalder Bürger- und Ordnungsamtes Uwe Birk hat sich in einem Brief an den Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn sehr positiv über dessen Engagement im Zusammenhang mit Mängeln hinsichtlich Ordnung und Sauberkeit im Bereich des Einkaufszentrums »Heidewald« im Brandenburgischen Viertel geäußert. Eine Mitarbeiterin des Ordnungsamtes habe sich aufgrund der Hinweise mit dem Hausmeister des Objekts in Verbindung gesetzt. Dieser habe zugesichert, künftig »die Mülltonnen zu verschließen und Schilder anzubringen, daß das Betreten der betrieblichen Anlagen des Heidewaldes verboten sei«. Hinsichtlich des angezeigten Lärms durch Hundegebell will die Ordnungsbehörde mit der Bürgerin, welche die Beschwerden in der Orstvorstehersprechstunde vorgetragen hatte, direkten Kontakt aufnehmen.

Der Amtsleiter bat den Ortsvorsteher jedoch, in künftigen Fällen Bürgerbeschwerden entweder in schriftlicher Form weiterzuleiten oder die Bürgerinnen und Bürger an das Ordnungsamt zu verweisen. Falls der Ortsvorsteher »in der gleichen Sache Telefonate oder Gespräche führen sollte«, sei es sachdienlich, wenn er »Vermerke über die geführten Telefonate und deren Ergebnisse schriftlich der Ordnungsbehörde zukommen lassen (würde), um so eine sinnvolle Aktenlage zu schaffen«. Inzwischen gab es weitere Gespräche und Aktivitäten zur Problemlösung.

Barnimer Kulturpreis 2011

Am 19. Januar hat Karl-Dietrich Laffin, der ASprecher des Regionalverbandes Oberbarnim von Bündnis 90/Die Grünen, den Barnimer Kulturpreis 2011 an den Kulturverein Ponderosa e.V. überreicht. Die Preisverleihung fand anlässlich einer Veranstaltung des Vereins in der Reihe »Wissenschmiede« auf Gut Stolzenhagen statt. Den auf 750 Euro dotierten Preis haben die Kreistagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen gestiftet.

THORSTEN KLEINTEICH

Bau der Mauer-Synagoge begonnen

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 17. Januar begann mit einem symbolischen »Spatenstich«, durch den Bagger einer Abrißfirma aus Münchenberg vollzogen, die Neugestaltung des Erinnerungsortes am Standort der ehemaligen jüdischen Synagoge an der Goethestraße. Neben Bürgermeister Friedhelm Boginski nahmen daran Dr. Peter Fischer, Vorstandsvorsitzender von Amcha Deutschland e.V., Jakob Hirsch, Zeitzeuge und Ansprechpartner der Aktion Sühnezeichen in Israel sowie die Architekten und Künstler Horst Hoheisel und Andreas Knitz, deren umstrittener Mauer-Entwurf (vgl. »Die Mauer muß weg« in BBP 8/2010) gut dotiert (vgl. »Kostenrahmen wird eingehalten« in BBP 12/2011) den Zuschlag im vorherigen Gestaltungswettbewerb erhalten hatte.

Dr. Peter Fischer sagte, er sei sehr angetan davon, in welcher Breite in Eberswalde die Thematik diskutiert wird: »Das habe ich selten in einer Stadt erlebt, wie engagiert sich die Bürgerschaft einbringt.«

Am selben Tag fand in der »Märchenvilla« an der Brunnenstraße 9 ein öffentlicher Amcha-Workshop statt, an dem auch die genannten Gäste des »Spatenstichs« an der Goethestraße

teilnahmen. In einer Diskussionsrunde zur Frage »Humanitäre Verantwortung für den Holocaust heute« gaben sie ihre Eindrücke wieder und schilderten ihre Motive für ihre Aktivitäten. Geplant war, an diesem Abend die Grundlagen für einen »Eberswalder Appell« zu formulieren.

Mit ihm sollen weitere Städte dazu aufgerufen werden, dem Beispiel Eberswaldes zu folgen und zu helfen, die etwa 14.000 Menschen, die von Amcha in Israel betreut werden, zu unterstützen. Der Appell soll in einem bundesweiten Workshop im Mai in Berlin einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Am 17. und 18. Januar absolvierten die Gäste außerdem spezielle Workshops mit Schülern des Finower Gymnasiums, in denen ebenfalls die Frage der humanitären Verantwortung für den Holocaust thematisiert wurde.

Amcha ist das Nationale Zentrum für Psychosoziale Unterstützung von Holocaust-Überlebenden und deren Familien in Israel. Seit Dezember 2010 ist die Stadt Eberswalde Mitglied im Amcha Deutschland e.V. Aufgabe des Vereins ist es, die Arbeit von Amcha in Israel in jeder Hinsicht zu unterstützen.

DSL in Randberlin noch Zukunftsmusik

Ahrensfelde (bbp). In den Eberswalder Ortsteilen ist seit 2011 das schnelle Internet im wesentlichen verfügbar. Nicht so in den Ortsteilen Blumberg und Mehrow der Gemeinde Ahrensfelde am Rande der Bundeshauptstadt. Dort wird laut Informationen der Bürgerinitiative »DSL nach Blumberg« immer noch gestritten, ob die Gemeinde einen Netzbetreiber bezuschußt oder ein gemeindeeigenes Netz, gegebenenfalls per Glasfaser, installiert und durch eine Firma betreiben läßt. Diese Alternativen jedenfalls stellte Andreas Bresonik, Geschäftsführer der Omega Consulting GmbH, Anfang Januar den Gemeindegremien vor. Das Glasfa-

sernetz sei das einzige, so Bresonik, das zukunftsfähig sei. Für das schnelle Internet müßten in der Gemeinde ein bis drei Millionen Euro investiert werden.

Für die Bürgerinitiative haben diese Informationen wenig Neuigkeitswert. Die Frage sei vielmehr, ob die Kommune das Geld für ihre Bürger investieren wolle oder eben nicht. Die Nutzung von Landesförderungen, wie in den Eberswalder Ortsteilen geschehen, hat die Gemeindeverwaltung Ahrensfelde verpaßt. Man hofft nun auf Unterstützung durch den Landkreis und will dafür sogar eine Erhöhung der Kreisumlage in Kauf nehmen.

5 Jahre Kreishaus soll gefeiert werden

Blick hinter die Kulissen geplant

Eberswalde (prest-bar/bbp). Zur Eröffnung des neuen Kreishauses auf dem einstigen Pavillonplatz im Jahr 2007 machte sich sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Weg nach Eberswalde. Das nach dem Hamburger Künstler Paul Wunderlich benannte Bürohaus galt als »modernstes Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum« in der BRD. Für's Volk wurde damals ein großes Fest auf dem Marktplatz veranstaltet mit Konzerten und Künstlern, mit kulinarischen Genüssen und Kunsthandwerk, mit Kinderfest und Führungen durch das Haus und die Ausstellung mit Wunderlich-Kunstwerken.

In diesem Jahr jährt sich dieses Ereignis zum fünftenmal. Anlaß für den Landrat, die Bürgerinnen und Bürger erneut auf einen Blick hinter die Kulissen in seinen »Palast« einzuladen.

Am 30. Juni 2012 bietet die Verwaltung bietet allen Interessierten an einem Tag der offenen Tür einen Einblick in die Vielfalt ihrer Aufgaben. Aber auch rund ums Haus soll ein buntes und abwechslungsreiches Programm geboten werden. Am Vorabend zum Tag der offenen Tür findet der traditionelle Jahresempfang des Landkreises statt.

In den nächsten Wochen gehe ein Organisationsteam in die »Ideenwerkstatt«, teilt die Pressestelle der Kreisverwaltung mit. Die Barnimerinnen und Barnimer werden eingeladen, nach dem Motto »Das wollte ich schon immer mal wissen oder sehen!« eigene Anregungen und Wünsche zu äußern. »Wir werden diese dann nach unseren Möglichkeiten gern berücksichtigen«, wird von der Kreisverwaltung versprochen.

Auf solider finanzieller Basis *Finowkanal mit Chancen*

Eberswalde (bbp). Am 15. Dezember hatten die Eberswalder Stadtverordneten dem Haushaltsplan 2012 inklusive dem Stellenplan mehrheitlich grünes Licht gegeben. Formal ist der Haushalt ausgeglichen, dank einem kräftigen Griff in die Rücklagen. Knapp 1,3 Millionen Euro liegen laut Plan die Ausgaben über den Einnahmen. Und das, obwohl die Einnahmen aus Zuweisungen und Steuern rund fünf Millionen Euro über denen des Vorjahresplans liegen. Allerdings fließen davon rund 1,85 Millionen Euro gleich wieder ab für die Kreis- und die Gewerbesteuerumlage. Es bleiben Netto-Mehreinnahmen von über drei Millionen Euro.

Zugleich sinken die Personalausgaben. Rund 700.000 Euro fallen im Plan weg, weil dank neuer Software die Personalabrechnung genauer geplant werden kann. Außerdem soll es, nach zuletzt 2,2 Millionen Euro im Jahr 2011, nunmehr keine Auffüllung der Altersteilzeitrücklage geben. Insgesamt ein verbessertes Saldo von etwa sechs Millionen Euro.

Neben 100.000 Euro direktem Verlustausgleich für die Technischen Werke Eberswalde fließen eine Millionen Euro in eine Rückstellung für »drohende Durchgriffshaftung aus der Bürgerschaft der Technischen Werke«. Neben diesen ausgewiesenen »erheblichen Abweichungen« gegenüber dem Vorjahresplan gibt es weitere, offensichtlich »unerhebliche«. So kosten Sach- und Dienstleistungen 2012 gut 1,1 Million Euro mehr und auch die »sonstigen ordentlichen Aufwendungen« steigen um gut eine Million.

Alles in allem scheint das geplante Haushaltsdefizit eher psychologische Gründe zu ha-

ben, um keine unnötigen Begehrlichkeiten zu wecken. Die Finanzen der Stadt Eberswalde stehen auf durchaus soliden Füßen, was auch angesichts des Selbstbewußtseins ersichtlich wird, mit dem die Stadtverwaltung Investitionen wie das Bildungsbürgerhaus in der Puschkestraße angeht.

Den sich bietenden finanziellen Spielraum nutzt die Verwaltungsspitze auch für ihre Personalpolitik. So sieht der 2012er Stellenplan 17,225 zusätzliche Stellen vor. Setzt man 45.000 Euro pro Stelle und Jahr an, kostet das die Stadt rund 775.000 Euro. Mehr Kinder lassen die Stellenzahl der Erzieherinnen und Erzieher um 6,675 steigen. Dafür gibt es finanzielle Zuschüsse des Landkreises. Zwei weitere Erzieherstellen sind als Reserve vorgesehen, auch als Ersatz für altersmäßig ausscheidende Mitarbeiterinnen. Zehn neue Stellen im Bereich des Operativen Dienstes dienen der »frühzeitigen Gewinnung von Ersatzpersonal für ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Führungspositionen in der Stadtverwaltung innehaben«. Diese Stellen sollen nach Abwicklung der Neubesetzung wieder wegfallen.

Schnee von gestern

In wichtigen Teilen ist der am 15. Dezember 2011 beschlossene Stellenplan allerdings bereits wieder Schnee von gestern. Den gewonnenen Spielraum nutzte der Bürgermeister, um die Aufteilung der Verwaltung in Ämter neu zu strukturieren. Aus 1 mach 2 ist die Devise. Für den ausscheidenden Liegenschaftsamtseleiter berief Bürgermeister Friedhelm Boginski zum 1. Februar gleich zwei verdiente Verwaltungsmitarbeiter zu Nachfolgern. So ganz nebenbei wird ein neues Amt ins Leben gerufen.

Ob hier gewohnheitsmäßiges Ignorieren der Stadtverordnetenrechte oder bewußter Affront vorliegt, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall hätte so eine grundlegende Änderung des Stellenplans, wie die Etablierung eines neuen Amtes, gemäß Kommunalverfassung die förmliche Zustimmung der Volksvertretung erfordert. Auch die Hauptsatzung sieht für Stellenbesetzungen ab Angestellten-Entgeltgruppe E13 oder Beamten-Besoldungsgruppe A13 eine Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung vor. Amtsleiter haben für gewöhnlich Anspruch auf diese Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe. Offensichtlich sind mit den Beförderungen zu Amtsleitern aber aktuell keine Gehaltsveränderungen verbunden, die eine Entscheidung in der StVV nötig machen. Auch eine dritte Beförderung zum Amtsleiter ist nicht mit entsprechenden Gehaltsveränderungen verbunden. Der Projektstab für Beschäftigungsförderung heißt künftig Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienst. Dessen Leiter Thomas Holzhauser besitzt bereits als einstiger Ordnungsamtseleiter die entsprechende Einstufung.

Eberswalde (bbp). »Wie geht es mit dem Finowkanal weiter?«, fragte der Finower Ortsvorsteher Arnold Kuchenbecker in der Januarsitzung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt. Baudezernentin Anne Fellner informierte, daß der Bund weniger Haushaltsmittel zur Verfügung hat und somit Kürzungen vornehmen müsse. Für die Wasserstraßen seien Prioritäten und Tonnage-Kategorien festgelegt worden. Der Finowkanal sei kein Wirtschaftsweg und falle daher raus.

Der Finowkanal sei aber für die angrenzenden Regionen eine sehr wichtige touristische Wasserstraße. Auch der Kreis setzte sich für den Finowkanal ein. »In diesen Tagen sind Fördermittel für den Langen Trödel übergeben worden«, sagte die Baudezernentin. »Dies ist ein guter Grundstein, um das führerscheinfreie Netz weiter zu entwickeln und voranzubringen. Auch die Bürgermeister in der Arbeitsgemeinschaft Finowkanal stellen eine sehr starke, kreative und aktive Gemeinschaft. Dies ist eine Chance, die historisch gewachsene Wasserstraße weiterzuentwickeln und zu erhalten.«

Naziaufmarsch stoppen!

Die alten und neuen Nazis wollen auch in diesem Jahr anlässlich der Bombardierung Dresdens eine Großdemonstration in Dresden durchführen. Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, diese Demo zu blockieren. DIE LINKE Barnim hält gemeinsam mit vielen Verbänden, Organisationen und Parteien am erklärten Ziel fest, Europas größten Naziaufmarsch endgültig Geschichte werden zu lassen. Neben der Linken rufen der parteinahe Jugendverband linksjugend [solid], die Jusos Barnim und das Jugendbündnis F.E.T.E. alle Barnimerinnen und Barnimer zur Verhinderung des Naziaufmarschs am 18. Februar auf.

Der Kreisverband DIE LINKE unterstützt die Aktionen des Bündnisses »Nazifrei - Dresden stellt sich quer«. Im letzten Jahr haben über 10.000 Menschen, unter anderem auch viele Barnimer, erfolgreich gegen den Naziaufmarsch demonstriert. Diese Aktionen waren friedlich und haben dazu beigetragen, daß die Ewiggestrigen nicht auf ihren geplanten Routen durch die Stadt ziehen konnten.

Das war ein deutliches Zeichen. Nun kommt es darauf an, den Naziaufmarsch endgültig Geschichte werden zu lassen. Der Kampf für die Demokratie hört für uns nicht an der Haustür auf, deshalb werden wir in Dresden wieder ein Zeichen setzen.

Damit sich viele daran beteiligen können, hat der Kreisvorstand DIE LINKE Barnim einen Bus gemietet, der über Eberswalde, Biesenthal und Bernau fahren wird. Wer am 18.02.2012 in Dresden für 5,00 Euro mit dabei sein möchte, melde sich bitte bis 12.02.2012 unter: E-Mail an info@dielinke-barnim.de oder unter 03334/22026.

SEBASTIAN WALTER



Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski berief für den 1. Februar anstelle des ausscheidenden Liegenschaftsamtseleiters Martin Rittmeier gleich zwei neue Amtsleiter und veränderte damit den eben erst beschlossenen Stellenplan. Birgit Jahn leitet künftig das Liegenschaftsamt mit sieben Mitarbeitern. Das bisherige Sachgebiet Facility Management gibt eine Stelle ab und wird zum Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft mit 22 Mitarbeitern, darunter 13 Hausmeister.

Sehr wahrscheinlich werden diese Strukturen nur Übergangstatus haben. Die gelernte Volljuristin Birgit Jahn übt sich jetzt in einer »Aufgabe mit Personalführung« und dürfte ab 2013 vor neuen Herausforderungen stehen.

Eberswalde (is/bbp). Nach einer langen Planungsphase, seit Anfang der 90-iger Jahre, ist das Planfeststellungsverfahren für die Bundesfernstraße B167n eröffnet worden. Der etwa dreizehn Kilometer lange erste Bauabschnitt mit 19 Brücken wird, falls er gebaut wird, mindestens 54 Millionen Euro kosten. Verbunden damit ist der Übergang der Unterhaltungskosten für die B167alt auf die Stadt Eberswalde und die Gemeinde Schorfheide. Eine dauernde Belastung für die beiden Kommunen, und das angesichts leerer kommunaler Kassen.

Am Anfang stand die Forderung betroffener Bürger nach Schutz ihrer Gesundheit. Sie forderten entsprechend den Empfehlungen des Umweltbundesamtes Lärmschutzmaßnahmen. Doch der zuständige Brandenburgische Landesbetrieb für Straßenwesen lehnte wiederholt selbst kostenneutrale Lärmschutzmaßnahmen für die bisher unbelasteten Naherholungs- und Wohngebiete ab. Das Bekanntwerden fachlicher Stellungnahmen der Planungsbüros Dr. Schneewolf, Dr. Hunger und der Deutschen Gesellschaft für Akustik, Arbeitsring Lärm, führten dann zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Gesamtprojekt. Der anhaltende Quell-, Ziel- und Binnenverkehr innerhalb der B167alt wird nicht dazu führen, daß die stadachsenferne Nordtangente zur erhofften Entla-

B 167neu – eine kritische Betrachtung

stung der Anlieger an der Ortsdurchfahrt beiträgt. Eine Halbierung der Verkehrsmenge – die unwahrscheinlich ist – würde z.B. nur zu einer Lärminderung von etwa 3dB/A führen. Es bleibt also viel zu laut.

Durch die B167neu und die Schließung und Verlagerung der Anschlußstelle zur Autobahn nach Norden entstehen für Verkehrsteilnehmer, die in die Hauptverkehrsrichtung nach Berlin fahren wollen, Umwege von etwa fünf Kilometern. Der Bau der B167neu hat gravierende Auswirkungen auf die Natur. Es werden Naherholungsgebiete zerschnitten, verlärm und die Luftverschmutzung nimmt zu. Die Versiegelung einer Fläche von 33,46 Hektar und 402 gefällte Bäume sollen durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kompensiert werden, die sich aber zum Teil weit entfernt befinden und nicht vor Ort wirken.

Separate Fuß- und Radwege sind nicht vorgesehen. Daher nimmt das Unfallrisiko bei der vorgesehenen Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern zu. Die Anwohner werden durch diese Schnellstraße faktisch vom Oder-Havel-Kanal abgeschnitten. Die bisher gute touristische Erschließung wird durch Lärm und Abgase negativ beeinflusst. Fahrzeugführer

werden durch den Wildwechsel von Tieren, die den Oder-Havel-Kanal weiterhin aufsuchen werden, gefährdet. Angesichts knapper Kassen und eines »geschönten« Nutzen-Kosten-Verhältnisses auf der Grundlage einer unrealistischen, überhöhten Verkehrsprognose bis 2025, so die Meinung der Bürgerinitiative gegen die Schnellstraße, sollte der Bau dieses teuren Bauvorhabens unterbleiben.

Erfahrungen aus ähnlichen Projekten belegen, daß auch dort die entlastende Wirkung von sogenannten Ortsumfahrungen falsch prognostiziert wurde. Die B167neu trägt nicht wie erhofft zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs und der Anwohner der B167alt bei. Sie führt zur Neubelastung bisher ruhiger Naherholungs- und Siedlungsgebiete durch Lärm, Abgase und schadet dem stadtnahen Tourismus. Die negativen ökologischen Folgen sind gravierend. Eine wesentlich kostengünstigere und effektivere Alternative sind die stadtsachsennähere Südvariante oder die von Dr. Hunger vorgeschlagene »Kleine Finowumfahrung«.

Bis zum 17. Februar können noch Einwendungen in der Eberswalder Stadtverwaltung eingereicht werden. Weitere Informationen unter: www.gegen-die-nordvariante.de.

Allerdings scheinen die »Handlanger« des *»Unrechtsstaates BRD«* auch immer wieder beweisen zu wollen, daß Blättermanns Anrennen gegen deren Agieren voll und ganz berechtigt ist. So hatte sich die Staatsmacht mit ihren Versuchen, die monatlichen Kundgebungen der *»Neuen Spartakusgruppe«* am Max-Reimann-Denkmal zu verbieten, mehr als lächerlich gemacht (BBP 6/2011). Als wäre dies nicht genug, schob die Polizei damals am gleichen Tag, als das Amtsgericht zugunsten der *»Neuen Spartakusgruppe«* entschied, mit unveränderter Argumentation eine Anzeige wegen *»Verunglimpfung des Staates«* gegen Blättermann hinterher.

Auf ähnlichen Konstrukten beruhen die Vorwürfe, weswegen Karl-Heinz Blättermann Ende Januar verurteilt wurde. Laut Staatsanwaltschaft soll Blättermann mehrfach in schriftlicher Form Richter des Eberswalder Amtsgerichtes beleidigt haben. Bemerkenswert dabei ist, daß ein weiterer Beleidigungsvorwurf auf Antrag des Staatsanwalts nicht behandelt wurde, weil schon fast fünf Jahre zurückliegend und »nicht erheblich«.

Damit fiel allerdings ganz nebenbei der eigentliche Auslöser des ganzen Hin und Her unter den Tisch. Denn Anlaß des Briefverkehrs, dessen *»nicht zimperliche«* Wortwahl Staatsanwalt und Richter als Beleidigung werten, war ein Strafbefehl des Eberswalder Amtsgerichtes gegen Blättermann wegen jener *»nicht erheblichen«* Sache vor fünf Jahren.

Damals, im April 2007, gab es eine verbale Auseinandersetzung zwischen dem damals krank geschriebenen Polizisten Peter A. und

Von Recht und Unrecht

Als Karl-Heinz Blättermann vor einem Jahr die »Neue Spartakusgruppe« ins Leben rief, wollte er dem »Kampf mit Feder & Papier« gegen Machtmißbrauch, sozialen Mord und Rechtsbeugung durch staatliche Organe der BRD auf »friedlich aggressive Weise« eine Plattform schaffen. Mit Machtmißbrauch und Rechtsbeugung hat Blättermann immer wieder persönlich zu tun, was auch daran liegen mag, daß er in seiner Wortwahl »nicht zimperlich« ist, wie es die lokale Tageszeitung in ihrem Bericht über eine jüngst stattgefundene Verhandlung am Amtsgericht Eberswalde formulierte.

Karl-Heinz Blättermann. Beide erstatteten gegen den jeweils anderen Anzeige wegen Beleidigung. Blättermanns Anzeige wurde zurückgewiesen, denn sein Zeuge *»konnte nicht vernommen werden«*, wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder schrieb. Demgegenüber hatte die Anzeige des Polizisten einen Strafbefehl gegen Blättermann zur Folge, obwohl auch hier die benannte Zeugin nicht vernommen wurde. Diese erklärte später schriftlich, daß sie die Vorwürfe von A. nicht bezeugen könne. Vielmehr habe der Polizist A. *»schon immer ein Auge auf Herrn Blättermann geworfen«* und sei auch an besagtem Tage provozierend und drohend aufgetreten. Der Richter, der den Strafbefehl ohne Zeugenbefragung ausgestellt hatte, war später einer der Adressaten der *»nicht zimperlichen«* Wortwahl Blättermanns.

Indem die ursprüngliche Sache nun keine Rolle mehr spielte, brauchte der Richter Frank Fiedler nicht auf die kausalen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Vorwürfen eingehen. Die von ihm als Beleidigungen gewerteten Äußerungen fielen allesamt im Rahmen der juristischen Auseinandersetzungen, mit denen sich Blättermann gegen diesen Strafbefehl ge-

wehrt hatte. Auch Anzeigen wegen Rechtsbeugung und Nötigung gegen Richter Fiedler – Grundlage für einen Befangenheitsantrag, den der Richter selbst im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt (!?) abwies – stehen damit im Zusammenhang. Fiedler hatte per Gerichtsbeschluß eine psychiatrische Begutachtung verfügt (nicht *»angeregt«* – wie die lokale Tageszeitung schrieb), was Karl-Heinz Blättermann als Nötigung empfand (vgl. BBP 2/2011).

All diese Zusammenhänge fanden keine Berücksichtigung bei der Urteilsfindung durch den Richter, der damit einmal mehr dem Verurteilten bestätigte, daß dessen Auffassungen zum *»Unrechtsstaat BRD«* so falsch nicht sein können.

Es entsteht der Eindruck, daß hier die *»Staatsmacht«* ihr Mütchen kühlt zu Lasten eines *»notorischen Stänkerers«*, dem einerseits eine *»schwere paranoide Persönlichkeitsstörung«* bescheinigt wird, der aber dennoch gnadenlos mit Gefängnishaft bedroht wird – denn nichts anderes hätte die Verurteilung zu 70 Tagessätzen gegen den Einkommenslosen zur Folge, falls das Urteil rechtskräftig werden sollte.

GERD MARKMANN

Minister Christoffers und 50 Hertz-Transmission:

In der Akzeptanzoffensive

Das Planfeststellungsverfahren für die 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (»Uckermarkleitung«) geht in die letzte Phase. Für das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, die Genehmigungsbehörde stehen stürmische Zeiten an, wenn der Genehmigungsbescheid für die Freileitung veröffentlicht ist. Auch das Wirtschaftsministerium wird sich dann mit kritischen Fragen und empörten Bürgern konfrontiert sehen. Da möchte man schon gerne mal etwas Druck aus dem Kessel nehmen.

Nur 50 Hertz-Transmission wird das alles kalt lassen, denn eine schlechte Presse ist man gewohnt. Die Hunde bellen, 50 Hertz-Transmission zieht weiter seine Freileitungen durchs Land. Den Übertragungsnetzbetreiber kann man sich nicht aussuchen. Jeder weiß es: Die 380-kV-Freileitungsplanung, die von 50 Hertz-Transmission vorgelegt wurde, ist nicht genehmigungsfähig. Das haben die unabhängigen

Gutachten, die von den Kommunen und dem »Wir in der Biosphäre« e.V. in Auftrag gegeben wurden gezeigt und die großen Umweltverbände als Träger Öffentlicher Belange in ihren Stellungnahmen im Planfeststellungsverfahren ausführlich begründet. Doch das interessiert die Macher im Wirtschaftsministerium, die vermeintlich den größeren Überblick haben, wenig, denn der Netzausbau ist seit der Energiewende vordringlich. Da müssen die Interessen der Trassenregion eben hintanstellen. Unter der Hand mutiert das Privatunternehmen 50 Hertz-Transmission zu einem gemeinnützigen Unternehmen, das die Energiewende absichert und das Klima rettet.

Am 13. März 2012 wird das zu besichtigen und zu hören sein, denn da laden das Wirtschaftsministerium, 50 Hertz-Transmission und die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« in das Nabu-Infocentrum Blumberger Mühle zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ein. Beginn um 18 Uhr.

Für die Bürgerinitiative eröffnet diese Veranstaltung im noch laufenden Planfeststellungsverfahren noch einmal die Chance den Wirtschaftsminister und die Genehmigungsbehörde mit der Stärke und Entschlossenheit unseres Protestes gegen die Freileitungspläne zu konfrontieren.

Deshalb ist es wichtig, daß möglichst viele, die das 380-kV-Freileitungsprojekt ablehnen, erscheinen und auch ihre Meinung kundtun. Nur deshalb hat sich die BI bereit erklärt, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitung durchs Reservat und Wohngebiete!

BI »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«



Der Choriner LandSalon e.V. lädt ein:

Energiewende unter Hochspannung

Film- und Diskussionsveranstaltung am 11. Februar, 19.30 Uhr im Bahnhof Chorin

Wir zeigen im Rahmen der Brandenburgischen ökofilmtour den Dokfilm »Energiewende unter Hochspannung – Wie sicher ist die künftige Stromversorgung?« (Regie: Maren Schibilsky und Wolfgang Albus). Nach dem »Atomausstieg« rückt die Einspeisung der Erneuerbaren Energien in das Stromnetz in den Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit. Eine Veränderung der Stromproduktion erfordert auch andere Stromnetze. Bei Starkwind, wenn die Windkraftanlagen besonders wirtschaftlich arbeiten, werden sie häufig abgeregelt, weil das Netz die zusätzlichen Strommengen nicht aufnehmen kann. Der Ruf von Netzbetreibern nach neuen Leitungen ist nicht zu überhören. Aber sind neue Freileitungen, wie die geplante 380-kV-Uckermark-Leitung, die Wohn- und

Naturschutzgebiete durchschneidet, wirklich die Lösung? Sind sie so alternativlos, wie von Netzbetreibern oft dargestellt? Welche anderen technischen Neuerungen sollten in die Debatte einbezogen werden? Weshalb ist der Netzausbau hier und andernorts umstritten?

Diese Fragen werden im Film angesprochen und wir können sie danach mit den beiden Regisseuren diskutieren. Im Vorprogramm wird der Kurzfilm »Herr Hoppe und der Atom Müll« (Filmakademie Baden-Württemberg) gezeigt.

Für Imbiß und Getränke sorgt das »Lindenblatt«-Bistro. Der Eintritt ist frei. Spenden zur Deckung von Unkosten sind willkommen.

FRANKADLER

Für alle, die in Nähe der Bahnstrecke Berlin-Bernau-Eberswalde-Chorin-Angermünde-Schwedt wohnen, ist der Veranstaltungsort bequem per Bahn zu erreichen.

Trassenalternativen

Es gibt Alternativen zur aktuell geplanten Trassenführung der B167neu. Das ist nicht neu. Bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre hinein wurden diese Alternativen auch von den Finowfurter und Eberswalder Verwaltungsspitzen favorisiert – bis ihnen das Landesstraßenamt die Pistole auf die Brust setzte: Nordvariante oder gar keine Umgehungsstraße!

Dabei ist die alternative Südvariante nicht nur circa 20 Millionen Euro billiger. Sie ist auch ortsnäher und bietet dem vorwiegend nach Berlin orientierten Hauptverkehrsströmen eine mindestens vier Kilometer kürzere Autobahnbindung. Auf eine 2006 durchgeführte Befragung eines Planungsbüros an der Anschlussstelle zur A11 in Finowfurt wies Inggolf Scholler von der Bürgerinitiative aus der Clara-Zetkin-Siedlung hin. Demnach fahren etwa 80 Prozent der Fahrzeuge nach Süden.

Die als »Eberswalder Schwung« bekannte Streckenführung und würde neben dem Brandenburgischen Viertel und Finow auch Ostend anbinden und so den innerstädtischen Verkehr deutlich besser entlasten. Vom Planungsbüro »Kommunaldata« von Dr. Schneewolf liegt hierzu auch eine als »Sparschwung« bezeichnete abgespeckte Planungsvariante vor.

Neben der Trassenführung kritisiert die Bürgerinitiative auch die geplante Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h. Geschwindigkeiten zwischen 50 und 70 km/h würden nicht nur den Anschluß an das vorhandene Straßennetz erleichtern, sondern insgesamt den Aufwand verringern. So könnte auf einen teilweise dreispurigen Ausbau verzichtet werden. Auch könnte zum Teil auf vorhandene oder geplante Trassen zurückgegriffen werden. Beispielsweise im Bereich der Schönholzer, der Angermünder Straße oder der verworfenen Eisenbahnquerung im Bereich des Lichterfelder Wegs.

Der »Schwung« mit geringeren Geschwindigkeiten reduziert Lärm, Schadstoffmissionen und Unfallrisiko. Außerdem werden weniger vorher unbelastete Wohnbereiche betroffen. Zusätzlich würden der Gewerbepark und die Gewerbeflächen im Süden Finowfurts, einschließlich des Flugplatzes angebunden, die mit der derzeitigen Planung weiterhin nur über die alte B167 erreichbar sind. Zugleich wird die Anbindung der großen Gewerbegebiete im Norden Eberswaldes (TGE) gewährleistet.

Wer sich in Finowfurt und Eberswalde der Illusion hingibt, die Nordvariante könnte auch nur eines der Verkehrsprobleme im Finowtal lösen, wird sich eines besseren belehren lassen müssen – allerdings erst, wenn es zu spät ist. Zur Lösung der Verkehrsprobleme werden der »Schwung«, der »Lichterfelder Weg« und eine »Altstadtumgehung« auf der Agenda stehen. Die Notwendigkeiten dafür werden sich erst erübrigen, wenn sich die Einwohnerzahl den vorhandenen Straßen angepaßt haben. Die »Nordtrasse« ist für die hier lebenden Menschen so oder so nur eines – überflüssig. G.M.

Noch ehe sich der Landrat gegenüber den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen in einer quasi privaten Zusammenkunft am 1. August 2011 erstmals äußerte, waren schon Prüfaufträge erteilt und erste Ergebnisse vorgelegt worden – obwohl das HOKAWE erst am 16.7.2011 Insolvenz angemeldet hatte! Bereits an jenem 1. August wurden Angaben zu den Investitionserfordernissen gemacht. Vier Wochen später legte Ihrke dem Kreistag eine Beschlußvorlage zum Kauf des HOKAWE vor, einschließlich Kaufpreisvorstellungen. Bis zum Jahresende sollte alles in Sack und Tüten sein.

Aber das ging den Kreistagsabgeordneten zu schnell. Denn es gab viele Zweifel und Fragen. Der Kreistag beschloß am 29. September, die Kaufwürdigkeit des HOKAWE mittels »externen Sachverständs« zu prüfen. Gutachter wurden jene Sachverständigen, die schon vorher im Auftrage des Landrates tätig waren. Sie kamen – wer hätte anderes erwartet – zu eben den Handlungsvorschlägen, die Landrat Ihrke schon am 1. August 2011 verkündet hatte. Allerdings liegt die endgültige Fassung des Gutachtens noch immer nicht vor. Inoffiziell ist von einer Kreistagsondersitzung im März die Rede. Aber noch fehlt eine Entscheidung des Insolvenzverwalters des HOKAWE über den Zuschlag für den Landkreis.

Aus einer Vielzahl von Fakten und Wertungen faßt das Gutachten solche zusammengefaßt, die den Erwartungen des Auftraggebers entsprechen. Bedenken und Gegenargumente blieben weitgehend ausgespart. Ermessensspielräume in der Bewertung der Fakten werden pro Erwerb des HOKAWE genutzt. Dies betrifft vor allen die Prognose der Entwicklung von Holzaufwuchs und Holzbedarf, wovon letztlich die alles entscheidende Frage abhängt, ob der Betrieb des HOKAWE nachhaltig ist.

Es werden verschiedene Statistiken bemüht, um nachzuweisen, daß genügend Holz da ist, um es energetisch zu nutzen. Dabei pfeifen es inzwischen die Vögel von den Bäumen, daß der Kampf um den Rohstoff Holz längst begonnen hat. »Was im Markt passiert, wenn in Berlin die Pläne zum Betrieb von Holzkraftwerken umgesetzt werden (Kraftwerk Klingenberg und Holzkraftwerk Märkisches Viertel mit einem Bedarf von 1 Mio t Holz), das steht in den Sternen«, so die mündliche Aussage eines Gutachters.

Für mich stellt sich das Fazit wie folgt dar:

1. Das Gutachten beschäftigt sich ungenügend mit der Frage, welche Form der Energieerzeugung, insbesondere welche Form der Wärmeenergieerzeugung für Eberswalde die richtige ist. Obwohl unstrittig ist, daß die Nahwärme die preisgünstigste Variante für die Endabnehmer der Wärme ist, wird ihre Nutzung nicht empfohlen. Als Begründung dient die Aussage, daß Wärmeerzeugung auf Holzbasis CO₂-neutral wäre, während Nahwärme aus dem fossilen Brennstoff Erdgas gewonnen wird und damit das Klima belastet.

2. Das Gutachten liefert keine Variantenvergleiche mit CO₂-Bilanzen, die den Gesamtpro-

Was treibt den Landrat an?

Für Landrat Bodo Ihrke steht längst fest: Der Landkreis muß das HOKAWE kaufen. Muß er das wirklich? Was treibt den Landrat, ein pleite gegangenes Unternehmen zu kaufen? Warum das HOKAWE, warum nicht das ebenfalls insolvente Walzwerk?

zeß darstellen (z.B. beim Brennstoff Holz von der Baumpflanzung, Waldpflege, Holzeinschlag, Holztransport, Aufarbeitung für den Verbrennungsprozeß, Wärmeerzeugung, Wasserbereitstellung und -aufbereitung, Herstellung und Betrieb der Fernleitung, dezentrale Heizstationen und Wärmenetze bis zum Endverbraucher). Ignoriert wird, daß bezogen auf die gleiche erzeugte Wärmemenge der CO₂-Ausstoß fast doppelt so hoch ist wie bei Erdgas.

3. Bei Einsatz von Holz als Energieträger unterstellt das Gutachten CO₂-Neutralität. Diese Betrachtungsweise ist aber nur gerechtfertigt, wenn Holz beliebig zur Verfügung steht, was künftig nicht mehr sein wird (vgl. S. 1).

4. Die Argumentation, Wärmeerzeugung aus Holz wäre nachhaltig, wird dadurch unterkariert, daß das HOKAWE-Projekt betont auf 15 Jahre Betriebsdauer geplant wird. Für einen Betrieb danach wird keine Vorsorge getroffen. Abschreibungen werden nur auf die Neuinvestitionen gebildet und auf den Kaufpreis, der nur einen kleinen Teil der Anlageinvestitionen widerspiegelt. 2026 steht das HOKAWE demnach auf Null.

5. Aus den Unterlagen ist nicht zu entnehmen, daß eine möglichst preisgünstige Wärmelieferung für die Endverbraucher zu den Zielen des HOKAWE-Erwerbs gehört. Es ist nicht zu erkennen, welche Preise sich für die Endverbraucher ergeben und wie diese Preise erreicht werden könnten. Aber es wird aufgezeigt, daß die derzeitigen Fernwärmepreise von EWE um 25 bis 30 % über den Erzeugungs- und Lieferkosten liegen. Für eine Wärmelieferung vom HOKAWE direkt an die Wohnungsgesellschaften (unter Ausschluss von EWE) sehen die Gutachter keine wirtschaftlich tragfähige Lösung. Von Daseinsvorsorge kann also keine Rede sein, nur von Gewinnsicherung für EWE.

6. Nahwärmenutzung ist erwiesenermaßen kostengünstiger als die Fernwärmeversorgung. Daher muß künftig mit Umrüstungen von Fern- auf Nahwärme durch die Wohnungseigentümer gerechnet werden. Das verschlechtert die ohnehin kritische Wirtschaftlichkeit des HOKAWE noch.

7. Die Möglichkeit der Nahwärmenutzung wird als Gesamtlösung für die Eberswalder Wärmeversorgung zurückgewiesen, weil sie in einzelnen Stadtteilen erhebliche Investitionen in den Ausbau des Gasnetzes erfordert. Eine gesplittete Lösung von Nah- und Fernwärme wurde nicht geprüft.

8. Die angestrebte Fernwärmeversorgung erfordert zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit eine Dopplung der Wärmeerzeugungssysteme. Kleine dezentrale Nahwärmeversorgungsanlagen hätten eine viel höhere Versorgungssicherheit zur Folge.

9. Langfristige Verträge mit dem Landesforstbetrieb als Holzlieferant oder anderen Lieferanten liegen nicht vor. Auch für die Lieferbeziehungen zu EWE als Wärmeabnehmer gibt es noch keine belastbaren Vereinbarungen.

10. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung läßt eine hinreichende Berücksichtigung der Risiken vermissen. Dies betrifft insbesondere die Holzpreisentwicklung, die Fernwärmeabnahme in Abhängigkeit von der Witterung und der Bevölkerungsentwicklung, sowie von der Konkurrenz durch Nahwärmenutzung. Trotz Insolvenz des HoWeE (»Holzwerkstoffe Eberswalde GmbH« – ein Holzpellethersteller) unterstellt die Wirtschaftlichkeitsberechnung den Weiterbetrieb dieses Wärmeabnehmers.

11. Der Erwerb des HOKAWE soll durch ein neues selbständiges kreiseigenes Unternehmen erfolgen. Über dessen Aufgaben und seine Stellung in Stadt und Kreis, sowie im Verhältnis zu den Bürgern fehlen jegliche Aussagen. Die parallelen Aktivitäten zur Wiedergründung von Eberswalder Stadtwerken spielen im Gutachten ebenfalls keine Rolle.

12. Eine entscheidende Frage ist, warum EWE nicht das HOKAWE kauft? Landrat Ihrke erklärt, daß nur EWE als Abnehmer der Fernwärme vom HOKAWE in Frage kommt, weil EWE die Netze und die Verteilerstationen betreibt, die selbst auch Wärme erzeugen, was für die Versorgungssicherheit erforderlich sei. Alles Argumente, daß die EWE das HOKAWE kauft und für die Fernwärmeproduktion nutzt. Daß EWE dazu keine erkennbaren Anstalten macht, muß die Alarmlöcher schrillen lassen. Sollte EWE dennoch kaufwillig sein, entfielen die Notwendigkeit des Erwerbs durch den Landkreis, da der Weiterbetrieb gesichert wäre.

Summa summarum: Das Gutachten zum Erwerb des HOKAWE hat mich nicht überzeugt, sondern meine Zweifel verstärkt.

Ich frage mich, was Herrn Ihrke antreibt, den Landkreis in dieses mehr als fragwürdige Projekt zu stürzen?

Die einzige Erklärung scheint mir, daß er das schöne Bild vom Land Brandenburg als Spitzenreiter in der Nutzung alternativer und regenerativer Energiequellen nicht gefährden möchte. Das HOKAWE paßt so schön in die Nullemissionsstrategie des Landkreises. Dies verführt dazu, alle Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und kaufmännischer Vorsicht zu ignorieren. Eine Stilllegung des HOKAWE würde die stolze Bilanz sichtlich schrumpfen lassen. Im Dunkeln bleibt die Frage, welche Handlungsantriebe sich aus den Interessen des Landes im Zusammenhang mit den für HOKAWE ausgereichten Fördermitteln und den übernommenen Landesbürgschaften ergeben.

ALBRECHT TRILLER

Zeitplan für Rekommunalisierung

Eberswalde (bbp). Auf einer internen Beratung der Stadtverwaltung mit den Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (StVV) präsentierte die Verwaltung einen Zeitplan für die Neuausschreibung der Energienetze. Ausgangspunkt wären im Februar Beschlüsse der StVV zur Kommunalisierung, zur Beendigung des aktuellen Verfahrens und zur Beauftragung einer Beratungsgesellschaft. Die in Frage kommenden Beratungsgesellschaften könnten dann im März zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden, die im April zu bewerten wären. Im Mai 2012 könnte dann die Auftragsvergabe beschlossen werden. Von Juni bis August sieht der Zeitplan vor, daß die Beratungsgesellschaft Vorschläge erarbeitet, die dann im September in den StVV-Gremien beraten werden. Ab Oktober 2012 könnte dann das Verfahren zur Vergabe der Wegenutzungsverträge laufen, das insgesamt 12 Monate beansprucht. Nach einem Monat Bekanntmachungsfrist folgen drei Monate für die Abgabe der Interessenbekundung, vier Monate für die Fertigstellung und Übergabe der Angebote durch die Interessenten, zwei Monate für die Bewertung der Angebote, ein Monat zum Verhandeln und schließlich ein weiterer Monat für die Diskussion und die Entscheidung in der

StVV. Im November 2013 könnte dann eine gemeinsame Netzgesellschaft gegründet werden, die dann ab 1. Januar 2014 die Energienetze übernimmt. Dieser Zeitplan könnte ins Wanken kommen, falls die Altkonzessionäre die Herausgabe der Daten, die zur Bewertung der Netze nötig sind, verweigern und deswegen geklagt werden müßte.



Kraft-Wärme-Kopplung gefährdet

Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, also hoch effiziente kleine und auch große Kraftwerke nutzen bei der Stromproduktion die Abwärme und erlangen so einen sehr hohen Effizienzgrad von teilweise über 80 %. Es besteht Einigkeit, daß die Nutzung dieser hocheffizienten Anlagen förderungswürdig ist. Besonderes Augenmerk wird dabei auch auf Installationen in der Wohnungswirtschaft gelegt, gerade wenn es um die energetische Sanierung großer Wohnblöcke geht.

Eine Regelung in der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetzes 2012 (KWKG) gefährdet nach Auffassung des Vizepräsidenten des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung, Prof. Dr. Martin Maslaton, dieses Ziel. Im KWKG sind Zuschläge zum Stromentgelt vorgesehen, die je nach Größe der Anlage verschieden sind.

Kleine Anlagen erhalten im Ergebnis einen höheren Zuschlag als größere Anlagen. Dadurch ist die Installation kleinerer Anlagen etwa in der Wohnungswirtschaft attraktiv. Dementsprechend hat der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung (BKWK) angeregt, durch eine Regelung dafür Sorge zu tragen, daß es nicht zur Addition solcher Anlagen kommt. Namentlich wurde gefordert, KWK-Anlagen jedenfalls dann nicht zu addieren, wenn sie unabhängig vom Standort innerhalb eines größeren Zeitraums als zwölf Monate in Betrieb genommen werden.

Der Referentenentwurf der Fachabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft hatte dies ebenfalls als sachdienlich empfunden und in den Referentenentwurf aufgenommen. Im Kabinetts-/Regierungsentwurf fehlt diese Vorschrift allerdings! Maslaton befürchtet dadurch

Investitionshindernisse gerade in der Wohnungswirtschaft, so zum Beispiel, wenn durch den späteren Zubau ein über die bisher bestehende Anlagenleistung hinausgehender Versorgungsbedarf entsteht. Die Anlagenaddition würde zu einer geringeren Zuschlagshöhe führen mit der weiteren Folge, daß die Investition kaufmännisch unattraktiv wird. Vizepräsident Maslaton appelliert deshalb an die Ministerpräsidenten der Neuen Bundesländer, sich dafür einzusetzen, zu der ursprünglichen Regelung im Referentenentwurf zurückzukehren.

Der im Jahr 2001 gegründete BKWK setzt sich dafür ein, das energietechnische Prinzip Kraft-Wärme-Kopplung bei der Energieversorgung verstärkt einzusetzen und aus dem Nischendasein herauszuführen. Darüber hinaus will sich der Verband künftig vor allem für die Kombination von KWK mit Erneuerbaren Energien (etwa Biogas) einsetzen. Im BKWK sind derzeit knapp 300 Unternehmen organisiert, meist Stadtwerke sowie Planungs- und Ingenieurbüros, ebenso Hersteller »kleinerer« KWK-Anlagen. Außerdem sind rund 170 Einzelpersonen (Ingenieure und andere Energieexperten) Mitglied. (Infos: www.maslaton.de)

MEDIENKONTOR

Fernwärmeverbrauch:

Weniger aber teurer

Eberswalde (bbp). Der Verbrauch an Fernwärme wird in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. Bernd Pomraenke vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde machte sich die Mühe, die Wohnungen ohne Wärmedämmung im Brandenburgischen Viertel zu sichten. Demnach sind rund 1.230 Wohnungseinheiten ohne moderne Dämmung. Angesichts hoher Leerstände wird ein großer Teil davon für den Abriss vorgesehen sein. Auch wenn eine Umsetzung der ambitionierten Ziele der im Dezember beschlossenen Stadtabrißstrategie (BBP 1/2012) wenig wahrscheinlich ist, schrumpft der Absatzmarkt für Fernwärme weiter, ohne daß die Kosten für den Wärmeerzeuger in gleichem Maße sinken. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die verbleibenden Fernwärmekunden selbst bei gleichbleibenden Erdöl und -gaspreisen mit höheren Kosten pro Kilowattstunde rechnen müssen. Falls unsanierte Blöcke künftig mit Wärmedämmung versehen werden, wird der Verbrauch weiter sinken. In der Vergangenheit halbierte sich die Wärmeabnahme nach Sanierungen.

Über die Möglichkeiten, das Fernwärmenetz dem geringeren Bedarf anzupassen, beispielsweise durch geringere Rohrquerschnitte, halten sich die Betreiber bedeckt. Eine Nutzung des Holzkraftwerkes für die Fernwärmeversorgung erscheint auf dem ersten Blick als vernünftige Lösung. Allerdings sind dafür neben den Erwerbskosten laut einem Gutachten Umbauinvestitionen in Höhe von rund neun Millionen Euro notwendig, die über den Wärmepreis refinanziert werden müssen.

»Auch aus diesem Grund«, so Bernd Pomraenke, »setzen wir uns für eine dezentrale Wärmeversorgung ein, denn sie macht unabhängig von Monopolisten, wie EWE«. Gasanbieter könne man wechseln. Zudem werden die Wärmeverluste in den Trassen vermieden, die immerhin 12 bis 15 Prozent betragen (MOZ, 2.2.2012). »Durch den geringeren Gaspreis gegenüber dem Fernwärmepreis reduzieren sich die Heizkosten trotz gegenzurechnender Umbaukosten, die die Vermieter umlegen müssen. Es entfällt außerdem der nicht geringe Gewinn und der Anteil der Kosten für die Verluste im Fernwärmenetz, die EWE natürlich an seine wirklichen Endkunden, die Mieter, über die Vermieter weiterreicht.« Zudem lasse sich der Gaspreis von den Mietern besser kontrollieren, da hierfür statistische Daten abrufbar sind. Gegenüber der aktuellen Praxis, wo den Mietern eine Einsichtnahme in die »bilateralen« Wärmelieferungsverträge mit ihren anhand von Preisgleitklauseln festgelegten Preisen eine Einsichtnahme verweigert wird, ein deutlich höherer Grad an Transparenz erreicht. »Diese Forderung nach Transparenz wird von den Verbraucherschutzverbänden und auch vom Mieterbund schon seit langem gefordert. Deshalb«, so Pomraenke, »darf die sich jetzt bietende Chance nicht zerredet werden, handeln ist angesagt!«

wandelBar Kino

Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Eberswalde (bbp). Am 1. Februar gab es im Rahmen des »wandelBar Kino« im Eberswalder Studentenclub den Film »Permakultur – Landwirtschaft im Einklang mit der Natur« zu sehen. Eine kurze Dokumentation von Malcolm Bown und Heidi Snel aus dem Jahr 2000.

»Ein Film über den österreichischen 'Agrar-Rebell' Sepp Holzer, der einfach die Natur beobachtet und damit außergewöhnlich erfolgreich wirtschaftet. Auf 1500 m Seehöhe hat der Landwirt ein wunderbar funktionierendes Permakultursystem geschaffen. Zwischen den österreichischen Fichtenmonokulturen hat er ein vielfältiges Pflanzen- und Teichsystem angelegt, das seinesgleichen in Europa sucht.« (oekofilm.de)

Nach dem 35minütigen Film gab es die Möglichkeit zur Diskussion. Dabei wurde auch die Frage zur Permakultur auf großen Flächen diskutiert. Hinweise dazu gibt es unter der Überschrift »Permakultur auf großen Acker-Flächen und Keyline Design« in einem Newsletter von Thomas Finger (Transition Initiative Kiez wandler, Berlin): Die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und der daraus resultierenden Produktivitätssteigerung ist beispielsweise Ziel eines Projektes auf dem Melchhof in Melchow (<http://Melchhof.de>).

Diese sogenannte regenerative Landwirtschaft baut auf dem Wissen und den Erfahrungen erfindungsreicher Landwirte und Wissenschaftler auf. Ihre Wurzeln sind in der Permakultur zu finden und sie verspricht mindestens genauso produktiv wie der konventionelle, industrielle Ansatz zu sein, bei allen Vorteilen des Ökolandbaus. Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite www.oya-online.de/article/read/449.html.

Linker Kreisparteitag

Werneuchen (sw/bbp). Am 25. Februar, 9 Uhr, sind die Barnimer Linken, zu einer Kreismitgliederversammlung nach Werneuchen (Berliner Allee 17-18) eingeladen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Wahl eines neuen Kreisvorstandes einschließlich des Vorsitzenden. Für den Vorsitz will wieder der Amtsinhaber Sebastian Walter aus Britz ins Rennen gehen. Die bisherigen StellvertreterInnen Karin Wagner und Rainer Heenemann stehen indes nicht mehr für diese Posten zur Verfügung. Bisher hat der Bernauer Thomas Sohn, der im Januar schon zum Vorsitzenden der Barnauer Linken gewählt wurde, seine Kandidatur erklärt. Wichtige inhaltliche Themen sind die weitere Leitbilddebatte, die bis zur Kommunalwahl 2014 geführt werden soll.

Bereits am 18. und 19. Februar findet in Blossin ein Landesparteitag statt, zu welchem die Barnimer Linken acht Delegierte entsenden. Aus dem Barnim kandidieren für den neuen Landesvorstand Thomas Sohn und Irene Koepe.

Ein Bericht aus Nicaragua

Unser Mitstreiter in der linken Aktion des nördlichen Brandenburg, Wolfgang Herrmann, war lange Zeit in Nicaragua und unterhält beste Verbindungen zur FSLN, der führenden politischen Kraft in dem mittelamerikanischen Land. In seiner jüngsten Informationsschrift berichtet er über den Wahlerfolg der FSLN und die Entwicklung im Land, das eines der Hoffnungsträger der Völker auf dem amerikanischen Kontinent ist. Wir erachten es als wertvoll, wenn über progressive Bewegungen berichtet wird, deren Anfänge in die Epoche eines starken sozialistischen Lagers zurückreichen. (Eine genehmigte Rezension aus dem Spanischen übersetzter Beiträge der Zeitschrift »In-forme« Nr.2/2012)

Am 10. Januar erfolgte die Amtseinführung des wiedergewählten Präsidenten der Republik Nicaragua, Comandante Daniel Ortega Saavedra. Der Präsident der Nationalversammlung René Núñez Téllez nahm Ortega den Amtseid ab und überreichte die Präsidentschärpe. Auf der Veranstaltung wurde auch General a.D. Omar Halleslevens ins Amt eingeführt. Der Zeremonie wohnten zahlreiche internationale Gäste bei: Präsident Hugo Chávez – Venezuela, Präsident Mauricio Funes – El Salvador, Ramiro Valdés – Kuba und aus Spanien Prinz Philipp von Borbón.

In seiner Ansprache rief Ortega dazu auf, in der ganzen Welt für den Frieden einzutreten und gegen die Armut anzugehen. Um das zu erreichen, ist es notwendig, eine neue Weltwirtschaftsordnung einzuführen, die von Gerechtigkeit, Achtung und Solidarität gekennzeichnet ist. Die Menschheit kann nur in Frieden bestehen – in einem Frieden in Würde, mit Arbeit, in der Einheit der großen Familie des ganzen Planeten, stellte Ortega fest. Comandante Daniel Ortega gab bekannt, daß der historische Platz der Revolution in Managua ein neues Gesicht erhalten wird und man wird »einen neuen 19. Juli« feiern. Zu diesem Datum zerschlug die FSLN 1979 die Somoza-Diktatur.

Als 2006 die FSLN die Wahlen erneut gewann, hatten die Rechten damit gedroht, daß die Rückkehr der FSLN Krieg bedeute. Seine Regierung habe aber in den vergangenen fünf Jahren dafür gesorgt, daß das Land in Frieden lebt und wirtschaftlich gewachsen ist. Damit ist das Land vorangekommen und konnte der Weltwirtschaftskrise widerstehen. Die verschiedenen Schichten der Gesellschaft sind an der Macht beteiligt. Der Präsident wies darauf hin, daß es notwendig ist, neue Möglichkeiten zu schaffen, damit die Prinzipien der Solidität und Solidarität, der Kooperation ohne Bedingungen, zukünftig in eine Ordnung übergehen, in der die internationalen Organisationen Instrumente zum Wohle des Lebens aller Völker werden.

»Es gibt keine anderen Wege, um eine gerechte, solidarische, sozialistische Ordnung zu errichten, wie wir sie hier entwickeln wollen.« Daniel Ortega sprach davon, daß in den vergangenen fünf Jahren in Nicaragua eine »Unidad Popular« entstanden ist. »Die Macht in den Händen des Volkes gab uns in den fünf Jahren Stabilität. In dieser großen Allianz der Arbeiter und Bauern, Händler und Unternehmer, Lehrer und Mediziner, unabhängig von ihren politischen Ansichten, wer-

den wir die Armut überwinden, Stabilität herstellen und das Land voran bringen.«

In seiner Ansprache ging Ortega auf das Thema der Bedrohung des Iran durch die Vereinigten Staaten ein. Er sieht darin eine erneute Bedrohung des Weltfriedens. Er sprach sich für das Recht der Iraner aus, die Atomenergie friedlich nutzen. Israel würde dieses Recht gewährt. Ortega erinnerte daran, daß die Lüge von der atomaren Bedrohung ausreichte, damit die Vereinigten Staaten den Irak überfallen und Saddam Hussein stürzen konnten. Die brutale Ermordung des libyschen Revolutionsführers Muammar Gaddafi qualifizierte er als Verbrechen seitens der NATO.

Dann wandte sich der Mandatsträger an die mittelamerikanische Staatenfamilie. Er würdigte die Verdienste des scheidenden Präsidenten Guatemalas, Álvaro Colom. In dessen Amtszeit hat das Land große Anstrengungen unternommen, um die Armut zu mildern. Einen besonderen Dank richtete Ortega an Hugo Chávez und an Ramiro Valdés. Von Kuba und Venezuela seien die wesentlichen Impulse für die Entwicklung der Einheit der Völker Lateinamerikas und der Karibik ausgegangen. Diese Einheit habe Nicaragua voran gebracht. »Wir sagen den Unternehmern, den Arbeitern und Bauern in Stadt und Land, den Frauen und der Jugend: die Nicaraguaner vereinigen sich mit der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC). Nicaragua gehört logischerweise dem gerechtesten Bündnis dieser Erde, der bolivarianischen Allianz der Völker unseres Amerikas (ALBA), an.« Ortega grüßte den Präsidenten El Salvadors, Mauricio Funes. Dessen mit der FMLN erzielten Wahlsieg bezeichnete er als außerordentliches Ereignis. Er sei sich mit Präsident Porfirio Lobo darin einig, daß man alles vermeiden muß, was die Einheits- und Integrationsbestrebungen in der Region zerstört.

Abschließend vereidigte Präsident Daniel Ortega sein Regierungskabinet sowie die Chefs der Armee Nicaraguas und der Nationalpolizei.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

ÖPNV vom Abstellgleis holen!

Der kommunale Nahverkehr ist für die rote Landesregierung das ungeliebte Stiefkind. Die Landesregierung verteilt die Zuweisungen des Bundes für die Bestellung von öffentlichen Nahverkehrsleistungen (die sogenannten Regionalisierungsmittel) in Höhe von 54 Millionen Euro ungleich. Während für den kommunale Straßenbau und den schienengebundenen Nahverkehr ganze 32 Millionen Euro ausgegeben werden, erhält der kommunale ÖPNV nur 22 Millionen. Hier machen wir uns stark für eine Gleichverteilung der Mittel: dabei stünden dem kommunale Nahverkehr dann jährlich fünf Millionen Euro mehr zur Verfügung.

Unverständlich ist auch, warum die jährlich um 1,5 Prozent steigenden Bundeszuweisungen für den gesamten öffentlichen Nahverkehr

nach dem Entflechtungsgesetz nicht an die Kommunen weitergereicht werden. Diese betragen im Jahr 2012 bereits fünf Millionen Euro und wachsen jährlich um weitere 1,3 Millionen. Die Landesregierung muß schleunigst die selbst erzeugten finanziellen Engpässe beim kommunalen ÖPNV beseitigen: dieser besitzt ein Anrecht auf zehn Millionen Euro mehr pro Jahr. Grundsätzlich fordern wir Rot-rot auf, alle Bereiche des ÖPNVs in Brandenburg zukunftsfähig zu gestalten. Die aktuelle Fortschreibung der Nahverkehrsplanung ist für unsere Fraktion darum Anlass, auf drei Regionalkonferenzen im Frühling 2012 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eigene Vorschläge zu entwickeln.

MICHAEL JUNGCLAUS, MdL B'90/Grüne

Zum Welttag der Feuchtgebiete am 2. Februar:

Entwässert, abgetorft, verbaut, geschunden

Der 2. Februar wurde 1997 von der UNESCO als Welttag der Feuchtgebiete festgelegt. Sie sind vor allem unsere Auen mit ihren Feuchtwiesen, Bruch- und Auwäldern und es sind die Moore, für deren unschätzbaren Wert die öffentliche Aufmerksamkeit an diesem Tag geschärft werden soll. Eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren sind vom Wasserüberschuß dieses Lebensraums abhängig. Feuchtgebiete sind für die biologische Vielfalt, den Hochwasserschutz und auch den Klimaschutz von großer Bedeutung. So speichern Moore zum Beispiel eine große Menge an Kohlendioxid.

Bei dem häufigen Wechsel der Extreme zwischen Hochwasser und Trockenheit, so wie wir das in den letzten Jahren erlebten, können Feuchtgebiete hilfreich sein. Lassen wir ausreichend viele Auen und Moore zu, schlagen wir mehrere Fliegen mit einer Klappe. Für viele Tier- und Pflanzenarten sind sie ein perfekter Lebensraum, bei Hochwasser haben die Gewässer Platz, ohne großen materiellen Schaden

zu verursachen und bei Trockenheit halten Feuchtgebiete das Wasser in der Landschaft.

1971 wurde die Ramsar-Vereinbarung (Übereinkommen zum Schutz der Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung) in der iranischen Stadt Ramsar unterzeichnet.

In der heutigen Bilanz sind allein in Deutschland 95 % aller Moore entwässert und durch intensive Nutzung zerstört. Für die Flußauen sieht es kaum besser aus. Sie sind zusätzlich oft noch durch Ansiedlungen verbaut. Langfristig geht es darum, wieder mehr naturnahe Flüsse mit ihren Auen als Überflutungsfläche bei Hochwasser, als Filter und für die Grundwasserneubildung zu entwickeln. Moore müssen in Größenordnungen renaturiert werden, damit sie wieder Kohlendioxid aus der Atmosphäre aufnehmen können. Die Bundesregierung sollte dafür noch in dieser Legislatur die gesetzlichen Weichen stellen.

SABINE STÜBER, MdB Die Linke

CO2-Endlager:

Regierung läßt bei CCS Katze aus dem Sack

Bei der Beratung der CCS-Arbeitsgruppe ließ die Regierung die Katze aus dem Sack: Ihr geht es im Kern nicht um Klimaschutz, sondern um bundesdeutsche Exportinteressen. Um die Technologie international salonfähig zu machen, soll sie im Inland offenbar auf Biegen und Brechen angewandt werden.

Die Chancen auf eine Einigung beim umstrittenen CCS-Gesetz der Bundesregierung sind mit dem Treffen nicht gestiegen. Eine Beschränkung des CCS-Gesetzes auf die Speicherung von Industrieemissionen zuzulassen, wie von den Grünen vorgeschlagen, ist laut Bundesregierung mit geltendem Europarecht nicht vereinbar. Mehr und mehr Bundesländer – wie jetzt z.B. auch Sachsen-Anhalt – beharren auf der sog. Länderklausel im Gesetz und kündigen



Übergabe von Unterschriften gegen CCS.

zugleich an, auf die CO2-Speicherung generell verzichten zu wollen. Erneut und ausdrücklich bestätigt wurde die Position der LINKEN, daß ein CCS-Verbotsgesetz rechtlich möglich ist und eine Umsetzung der CCS-Richtlinie der EU darstellt.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Gemeinschaftsgarten

Auftaktveranstaltung am 27. März

Warum nicht einmal andere Wege gehen und unkonventionelle Konzepte zur Schaffung eines völlig neuen Wohnumfeldes schaffen? Ein Garten, nach dem Vorbild von bundesweit mehr als 120 ähnlichen Projekten und über 60 weiteren geplanten (Stand: Dezember 2011), könnte auch in Eberswalde entstehen. Geplant ist ein solcher interkultureller Garten im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde.

Wir laden hiermit alle Anwohnerinnen und Anwohner des Brandenburgischen Viertels, jeden Interessierten aus ganz Eberswalde, sowie alle die uns bei der Schaffung eines neuen einzigartigen Wohnumfeldes aktiv und kreativ unterstützen möchten, herzlich zu unserer Auftaktveranstaltung am 27. März 2012 um 18 Uhr in das Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel (Schorfheidestraße 13 in 16227 Eberswalde) ein.

Initiativgruppe Gemeinschaftsgarten

»Gründämmerung« im Studentenclub

Bald geht's wieder in den Garten! Darauf freuen wir uns schon und lassen uns noch mal inspirieren durch vier Kurzfilme, zusammengefasst zu einem Filmabend. Am 7. März erleben wir im Studentenclub eine »Gründämmerung« aus dem Jahr 2010: Nomadisch grün in Kreuzberg, Stadtentwicklung von unten in Leipzig, Kochen mit türkischstämmigen Jungs oder der legendäre Gartenumzug von Rosa Rose... – die vier Kurzfilme von George Eich, produziert von anstiftung&ertomis, sind auf DVD erhältlich. Sie zeigen die Lebendigkeit und die sozialen und kulturellen »Nebenprodukte« urbanen Gärtnerns. (7. März, 20 Uhr, Studentenclub, Schicklerstraße 1, Eberswalde)

Ein richtiger Radweg

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Straße verfügt im Bereich zwischen dem ehemaligen Arbeitsamt und der einstigen Chemischen Fabrik in West-Ost-Richtung derzeit über keinen regulären Radweg. Der mittels Markierungen ausgewiesene Streifen auf der Fahrbahn stellt nach Auffassung von Otto Baaz, für das Bündnis für ein demokratisches Eberswalder als Sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt tätig, eine Gefahr für die Radfahrer dar. Vor allem der Bus- und LKW-Verkehr wären gefährlich. Ein Ausweichen auf den Bürgersteig sei wegen der hohen Bordsteinkante nicht möglich. Baudezernentin Anne Fellner widersprach seinem Vorschlag, den Radweg auf der anderen Straßenseite für eine beidseitige Nutzung freizugeben. Ein ständiger Straßenseitenwechsel würde keine Besserung darstellen. Sie informierte, daß die Verwaltung derzeit in Verhandlungen über einen Ausbau dieses Straßenabschnittes mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen stehe. Die Planungsleistungen sind noch für dieses Jahr geplant und der Straßenausbau, inclusive Radweg, im Jahr 2013.

Einen Militärschlag gegen den Iran müssen sich USA wie Israel (aus militärischen, finanziellen wie politischen Gründen) dreimal überlegen. Daher das Pokerspiel der letzten Wochen. Inszenierte Unruhen in Syrien und Ölboycott gegen Iran, wofür die EU in Stellung gebracht wurde. Iran antwortete mit der Drohung, den Öltransport aus dem Golf zu blockieren, wogegen die US-Flotte Parade fuhr. Am Pokertisch sitzt auch der deutsche Außenminister. Er soll Bündnistreue markieren, (vielleicht?) für Merkels Haushalt Kosten sparen, (vielleicht?) seine Regierung aus dem riskanten Spiel heraushalten. Allerdings hat er keinen ernsthaften Stich in der Hand. Und die anderen? Kann der Iran den Golf sperren?

Embargo & Wirtschaftsbeziehungen. Am deutschen Erdölimport – in den letzten Jahren leicht sinkend – waren Rußland und Kasachstan 2007 mit 39 %, 2009 bereits mit 42 % beteiligt. An zweiter Stelle steht Nordsee-Öl (GB+ Norwegen) mit 25 - 28 %, danach folgten bisher Libyen und Syrien (ca. 12%). Iranisches Öl war für die BRD (wie für Frankreich) bisher nicht wichtig. Daher konnten Berlin und Paris auf Wunsch Washingtons die EU auf das Iran-Embargo verpflichten. Verlierer sind dabei kleinere EU-Staaten wie Griechenland und Zypern, die auf die günstigen iranischen Lieferungen angewiesen waren. Libyenkrieg und Syrienkonflikt dagegen gehen eher auf Kosten des deutschen Ölimports. Außerdem schadet die Konfliktverschärfung in Mittelost dem deutschen Export, der bisher mit etwa 10 % an zweiter Stelle des iranischen Imports stand, inzwischen aber von China überholt wurde /1/.

Welche Folgen hat der Ölboycott für Iran? Der iranische Handel ist – trotz Sanktionen – ab 2007 stetig gestiegen (der Import um 39 %, der Export um 33 %; jährliche Überschüsse 30-40 Mrd. \$). Etwa 80 % des Exports machten Öl und Ölprodukte aus. Abnehmerländer waren 2006/07 EU (24 %), Japan (17 %), China (12 %), Türkei (7 %). 2009 nahm China schon 19 %, Japan wegen der Krise etwas weniger, Südkorea und Türkei jeweils 7 % ab. Der iranische Ölexport geht also vor allem nach Asien. EU (neue Angabe fehlt) und USA spielen dabei keine Rolle. Die Handelssanktionen schaden den Boykottstaaten womöglich kaum weniger als dem Iran.

Blockade am Golf. Ist der Iran dazu überhaupt in der Lage? Kann der Westen eine Blockade verhindern? Und welche Folge hätte sie?

– *Geographie.* Persischer Golf und Straße von Hormuz sind überwiegend flach und daher schwierige Gewässer (siehe Karte, hier z.T. Tiefenzonen angedeutet). Das erzwingt die Konzentration des dichten Schiffsverkehrs (überwiegend Großtanker) auf schmale Fahrtrouten. Einige Inseln innerhalb der Straße von Hormuz und im Golf haben einerseits für Öl- und Erdgasförderung (als Zielpunkte von Pipelines und Tankerterminals) Wert, andererseits strategische Bedeutung, daher sind sie auch Gegen-

Poker am Persischen Golf

Kommt der nächste Ölkrieg?

US-Präsident Obama strebt im November seine Wiederwahl an. Gegen Hardliner in beiden US-Parteien braucht er – wie üblich – effektvolle außenpolitische Erfolge. Zielregion dafür ist wie bisher der Mittlere Osten. Dabei sollen die Wünsche der proisraelischen Lobby erfüllt werden, die für US-Wahlen wichtig ist. Israel sollen möglichst einige regionale Gegenspieler vom Hals geschafft werden: Iran natürlich, Syrien und in dessen Vorfeld Hisbollah im Libanon und Hamas in Gaza. Fast wider Erwarten leicht ist das bei Libyen gelungen. Nun gerät Obamas Offensive aber ins Stocken, weil sie ins russische Sicherheitsvorfeld zielt und Rußland und China alarmiert sind.



stand von Konflikten zwischen Anrainern. – *Hoheitsverhältnisse, Schiffsverkehr.* Golf und Straße von Hormuz sind keine freie Meeresregion, sondern Hoheitsgewässer der Anlieger gemäß internationalem Seerecht. Die Seegrenzen zwischen Iran und Oman sind vertraglich vereinbart. Zwischen Iran und den VAE /2/ gilt das nur partiell. Strittig ist der Bereich um die Inseln Abu Musa, Tunb as Sughra und Tunb al Kubra. Sie sind schon seit dem Schahregime vom Iran militärisch besetzt. Für den internationalen Schiffsverkehr sind zwei parallel verlaufende Fahrtrouten in Form schmaler Seekanäle markiert, die jeweils für eine Fahrtrichtung reserviert sind, um Schiffsbegegnungen zu vermeiden. In der Straße von Hormuz liegen beide Wege im Hoheitsbereich des Oman. Im Gebiet der Inseln Foruk und Abu Musa führen sie durch iranische Gewässer.

– *Militärische Situation.* Außer den genannten Inseln ist auf iranischer Seite die nahe dem Schifffahrtsweg gelegene Insel Qeshm die wichtigste Position. Dort werden verbunkerte Raketensilos vermutet. Die iranischen Marineeinheiten sind natürlich der US-Flotte nicht gewachsen. Zur Sperre stehen dem Iran aber außer Raketen auch wirksame einfache Mittel wie Minen- und andere Schiffssperren (z.B. Versenken eigener Schiffseinheiten) zu Gebote. Schon das Sperren nur einer Fahrtrinne würde den Tankertransport um 50% reduzieren.

Das könnte auch die US-Flotte kaum verhindern. Bei einem Militärschlag gegen den Iran müßten – außer einer Blockade – die iranfeindlichen Golfstaaten, deren Öl- und Gasförderanlagen und die dortigen US-Stützpunkte mit iranischen Kurzstreckenaketen rechnen. Ob das US-Militär deren Angriffe verhindern könnte, ist ungewiß. Sicher könnte es andererseits die iranische Infrastruktur zerstören. Daß Moskau bei einem US-Krieg im Vorfeld des Kaukasus unbeteiligt zusieht, ist schwer vorstellbar. Möglichkeiten für eine gefährliche Eskalation bestehen jedenfalls.

– *Folgen einer Golfblockade.* Der iranische Ölexport wäre ebenso betroffen wie der der anderen Golfstaaten, da auch alle iranischen Ölhäfen (wie Bandar Abbas) im Golf liegen. Der Ölpreis könnte deutlich steigen und die schwache Konjunktur in USA, EU und Japan treffen. Ölproduzenten außerhalb der Region (so Rußland), wären nicht direkt betroffen, aber wichtige Abnehmerländer, wie China, Indien und Japan, auch EU und USA. Entsprechend hoch dürfte der internationale Druck sein, den Poker um den Golf nicht zu weit zu treiben – aber schließlich kann man sich auch verzocken. Um es deutlich zu sagen: Gepokert wird um den Frieden, Verlierer wären wir alle.

ROLF RICHTER,

Bündnis für den Frieden Eberswalde

/1/ Alle Zahlen nach Fischer Weltalmanach.

/2/ Abkürzung: VAE = Vereinigte Arabische Emirate.

Kriegsdienst – Dienst für die Demokratie?

Wie die linke Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann informiert, lädt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland mittlerweile zum neuntenmal 30 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein. Ende März sollen die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadt-Korrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung.

Der Titel der Veranstaltung ist: »Auftrag Gesellschaft. Zwischen Ehre und Amt - Dein Dienst für die Demokratie?« Die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer werden, heißt es in der Information, »sich mit der Rolle des bürgerschaftlichen Engagement – sei es im Ehrenamt, Freiwilligen Sozialen Jahr, Freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst – im gesamt-demokratischen Getriebe auseinandersetzen«.

So ganz nebenbei wird hier also suggeriert, freiwilliger Kriegsdienst sei ein »Dienst für die Demokratie«. Daß die Regierung Kriegsdienst auf diese Weise schönlügt, überrascht nicht. Daß eine linke Bundestagsabgeordnete derartige Kriegsdienstwerbung völlig unkritisch weiterleitet, hingegen schon.

Allen, die der linksparteiunterstützten Söldnerwerbung auf den Grund gehen wollen, muß leider gesagt werden, daß die Anmeldefrist inzwischen verstrichen ist.

GERD MARKMANN

Truppenaufmarsch am Persischen Golf

Während das Veto von Rußland und China gegen die Anti-Syrien-Resolution im UNO-Sicherheitsrat in den Kriegsmedien für ein lautes Aufheulen sorgt, läuft der Truppenaufmarsch der USA und seiner Verbündeten in der Region auf Hochtouren.

Bereits in den vergangenen Wochen ist ein dritter Flugzeugträgerverband in den Persischen Golf verlegt worden. Das Online-Nachrichtenportal »Stimme Rußlands« informierte Anfang Februar unter Berufung auf israelische Quellen über die Verlegung von US-Truppen auf den US-Militärstützpunkt auf der omanischen Insel Masirah südlich der Meerenge von Hormus. Darüber hinaus befinden sich derzeit rund 10.000 US-Militärs in Israel »zwecks Prüfung des Raketenabwehrsystems«, während in Washington die Geheimdienstchefs Israels und der USA zusammentrafen.

Zugleich wird berichtet, daß britische und französische Luft- und Seestreitkräfte in Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten eintreffen und Saudi Arabien einen Teil seiner Landstreitkräfte in den Osten des Lan-

des verlegt. Schließlich, so die »Stimme Rußlands« weiter, berichtete die Zeitung »Huffington Post«, daß im US-Militärstützpunkt auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean hunderte betonbrechende Bomben angeliefert worden sind, die imstande seien, stark befestigte Bunkeranlagen zu zerstören. Davon abgesehen seien in Kuwait bereits zwei Armeebrigaden und eine Hubschrauberbrigade der US-Army mit insgesamt 15.000 Soldaten stationiert. Weitere 2.000 Marineinfanteristen eines Expeditionsbataillons befinden sich auf Landungsschiffen im Persischen Golf.

Vor dem Irakkrieg 2003 hatten die USA und ihre Verbündeten innerhalb von vier Monaten eine Streitmacht von rund 300.000 Mann konzentriert. Zwölf Jahre zuvor waren sogar 660.000 Mann gegen den Irak aufgeboden worden. Der Truppenaufmarsch wird ergänzt von einem inzwischen offenen Wirtschaftskrieg und einem verdeckten Geheimdienstkrieg, bei dem inzwischen bereits fünf iranische Atomwissenschaftlicher ermordet wurden.

(bbp)

BRD spioniert vor syrischer Küste

Wie das BRD-Kriegsministerium berichtet, habe es Ende Dezember vor der syrischen Küste einen Zwischenfall unter Beteiligung eines Spionageschiffs der BRD gegeben. Ein syrisches Streifenboot habe vor der Küste des Landes, aber noch in internationalen Gewässern, den Kurs des »unbewaffneten«, aber mit Abhörelektronik vollgestopften, BRD-Kriegsschiffes »Alster« gekreuzt.

»In der Nacht, in voller Dunkelheit kam unserem Schiff ein syrisches Hochgeschwindigkeitsstreifenboot über den Weg«, sagte ein Ministeriumsvertreter. »Auf dem Deck des syrischen Boots standen bewaffnete Kommandos.« Die syrische Aktivitäten hätten »den Aktionen der Kriegsschiffe der Warschauer-Pakt-Staaten an der Ost-

see« geähnel, »die kontinuierlich unsere Kriegsschiffe provozierten«.

Das Spionageschiff »Alster« mit 85 Mann Besatzung befindet sich seit Ende November 2011 im östlichen Teil Mittelmeers. Die Einzelheiten seiner Mission sind unbekannt. Die »Alster« ist mit optischen und akustischen Sensoren ausgerüstet und in der Lage, Radarpositionen zu bestimmen, Flugbewegungen zu kontrollieren sowie den regionalen Funkverkehr, einschließlich des Telefonverkehrs aufzunehmen.

Die Spionagemission der »Alster« ist nicht Bestandteil eines der vom Bundestag genehmigten Kriegeinsätze.

(bbp)

Bundeswehr in Afghanistan:

Abzug rückt in weite Ferne

Mit dem Beschluß des Bundestags am 26. Januar über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr rückt ein Abzug der deutschen Truppen in weite Ferne. Mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP, der SPD und vieler Grüner wurde im Bundestag nichts anderes als eine Fortsetzung Krieges mit ungeminderter Härte beschlossen. Die Bundesregierung versucht diesen Beschluß als Abzugsbeschluß zu verkaufen. Doch in Wahrheit wird das Einsatzmandat 2012 lediglich um eine ohnehin nicht genutzte Reserve reduziert. Die Zahl der darüber hinaus tatsächlich aus Afghanistan abziehenden Soldaten beträgt, wenn überhaupt, höchstens 100.

DIE LINKE hat als einzige Bundestagsfraktion geschlossen gegen die Mandatsverlängerung gestimmt. Umfragen zeigen: Dies entspricht dem Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Doch darum kümmern sich die anderen Parteien nicht. Leider haben auch Jens Koeppen und Hans-Georg von der Marwitz (beide CDU) aus den beiden Barnimer Bundestagswahlkreisen für die Fortsetzung des Krieges gestimmt. Beide stimmten sogar persönlich gegen einen Entschließungsantrag der Linken (Bundestagsdrucksache 17/8465), der zumindest die Beendigung der brutalen Praxis der so genannten »gezielten Tötung« einzelner Personen durch die NATO fordert.

Zehn Jahre Afghanistankrieg sind ein einziges Desaster und haben einer Mehrheit der afghanischen Bevölkerung nur Leid gebracht.

SEBASTIAN WALTER, DIE LINKE, Barnim

Diätenerhöhung gespendet

Für Anfang 2012 hat sich eine Mehrheit des Bundestages eine Diätenerhöhung genehmigt. Wie bei früheren Erhöhungen wird die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (Die Linke) 2012 den Nettobetrag daraus an soziale Projekte spenden. Konkret wird davon in Märkisch-Oderland die Suppenküche des Gemeinnützigen Informations-, Bildungs- und Begegnungszentrum des VFBQ Bad Freienwalde profitieren. Im vergangenen Jahr hatte der Bundestag gegen die Stimmen der LINKEN für 2012 und 2013 ein Diätenerhöhung von rund 600 Euro beschlossen. Dagmar Enkelmann hielt und hält diese in keinsten Weise für verhältnismäßig. Die Bundestagsabgeordnete verweist darauf, daß die Renten im letzten Jahr um magere 1 Prozent gestiegen sind und hinter der Inflation deutlich hinterherhinken. In dieser Situation ist die erneute Erhöhung »instinktos, unsozial und ungerecht«, erklärt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Dagmar Enkelmann spendet aus den Diätenerhöhungen der letzten Jahre bereits an die Tafel Bernau e.V. und Eltern-helfen-Eltern e.V sowie weitere Projekte im Landkreis Märkisch-Oderland.

BÄRBEL MIERAU

Kriegerstaat - Krisenkonferenzen - Fritz Fischer (Teil 2)

Historiker Fritz Fischer in neuem Licht

»Im Juli 1914 berührte deutsche Reichspolitik Hohenfinow«, schreibt Hohenfinows Ortschronist Schünemann 2007. Die entscheidenden Wochen vor dem 1. Weltkrieg verbrachte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg auf seinem Schloß in Hohenfinow. Der »Urlaub« war Teil des großen Bluffs. Diesmal waren es nicht mehr bloße Drohungen. Der Krieg war längst beschlossene Sache. Die Führungsriege im deutschen Kaiserreich war sich bewußt, daß die Zeit gegen eine erfolgreiche Umsetzung ihrer Aggressionsziele arbeitet. Ein Vabanque-Spiel wurde in Gang gesetzt. In seinem Buch »Deutsche Policy of Pretention – Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871-1914«, das 2010 in 2. Auflage erschien (BBP 11/2010), befaßt sich der Hamburger Historiker Dr. Bernd F. Schulte mit den Vorgängen, die zum Krieg führten, und der Rolle, die u.a. Bethmann Hollweg dabei spielte. Die aktuellen Ergebnisse seiner Forschungen zum Kriegsausbruch 1914 stellte der Autor der »Barnimer Bürgerpost« zur Verfügung. Hier nun Teil 2:

Der Historiker Fritz Fischer, dessen Buch »Griff nach der Weltmacht« vor 50 Jahren in der BRD die sog. »Fischer-Kontroverse« auslöste war mein Lehrer. Er hat mir vermittelt, stets auf die Quellen zurückzugehen, positiv positivistisch zu denken, und neues Material der historischen Forschung, bei der Beantwortung der dieser gestellten Fragen, zur Verfügung zu stellen. Ich kam zu ihm 1972 als Batterieoffizier in einem Hamburger Artillerie-Batallion und ging 1983, im Begriff, einen Platz beim Fernsehen zu finden. Dazwischen lagen meine Dissertation und ein Buch zur Balkankrise und dem »Kriegsrat« von 1912, und zur »Verfälschung der Riezler Tagebücher« sowie – auf Fischers Seite – einige Rezensionen und Vorträge, ein Aufsatzband sowie der große Auftritt 1978 vor dem Hamburger Historikertag. Ferner das daraus entstandene Buch »Bündnis der Eliten«, und die Kampfschrift »Wir sind nicht hineingeschliddert« zum Kriegsausbruch 1914 ebenfalls zur »Fälschung der Riezler Tagebücher«, einer damals hart geführten Kontroverse.

Wir scheiterten gemeinsam in dem Bestreben, mich – trotz der angespannten Bewerbungslage in der Geschichtswissenschaft – noch dort unterzubringen. Stets ging es Fischer in diesen Jahren darum, zu unterstreichen, die besondere Bedeutung von forscherscher Leistung bestehe vor allem darin, einen Beitrag zu einem größeren Ganzen zu leisten. Breitere Publizität stelle für den Historiker einen seltenen Glücksfall dar. Das hat er 1988 vor einer Versammlung von Historikern und Hamburger Würdenträgern zu seinem 80. Geburtstag vor allem betont. Mein Fernsehportrait dazu, produziert für den Hessischen Rundfunk, stellte Fischer ganz in sein Hamburger Umfeld, und vor allem unter den Einfluß der Ergebnisse des III. Reichs. Als er nämlich 1947 aus der Gefangenschaft zurückkam, hatte er mit den Traditionen des preußisch-deutschen Nationalstaates grundsätzlich gebrochen (Erlebnisse in Kriegsgefangenenlagern, KZ-Dachau). Diese Zäsur vollzog er zunächst in seinem angestammten protestantisch-theologischen Arbeitsfeld. Mit dieser Wende hin zum westeuropäisch-amerikanischen Kulturkreis zog sich Fischer bereits 1949 die scharfe Opposition des »Doyens« der westdeutschen Geschichtswissenschaft, Gerhard Ritter, zu.

Als Fischer dann 1959/61, fußend auf grundstürzenden Archivforschungen, die Kriegsziele des kaiserlichen Deutschland, über die Hyper-

trophie Hitlerscher Aggressionspolitik hinaus, herausstrich, beging er an sich schon, nach der überwiegenden Auffassung von damaliger westdeutscher Historikerkunft und bundesdeutscher Gesellschaft, ein Sakrileg. Dieses Buch, das unter dem provozierenden Titel »Griff nach der Weltmacht« im November 1961 auf den Buchmarkt kam, »beunruhigte« (Paul Sethe/DIE ZEIT) nicht zuletzt durch ein Kapitel, das die Entstehung des Ersten Weltkrieges, im Sinne der Deutschland belastenden Darstellung Luigi Albertinis (1950), entwickelte. Störten Fischers Darlegungen zu den deutschen Kriegszielen im Ersten Weltkrieg an sich schon die trügerische Ruhe, welche bundesdeutsche Historiker für das Thema »1914« verordnet hatten, so bot dieses Kapitel eine ungeschützte Flanke, eröffnete einen neuen (alten) »Kriegsschauplatz« und forderte die westdeutsche konservative, wissenschaftliche Fronde nachgerade zum Gegenstoß heraus.

Niemand war allerdings – aus meiner Erfahrung – weniger als Fischer zum Vorboden der sozialliberalen Koalition von 1969 geeignet. Obwohl er der liberalen Bewegung an sich schon nahe stand. Dennoch gehört sein berühmtes Buch zur Vorgeschichte des innenpolitischen Wandels in Westdeutschland, der sich im Verlauf der sechziger Jahre vollzog. Auch

demonstrierten Fischers Publikationen dem Ausland, daß es nun, durchaus auch in den politischen Grundsatzfragen, ein neues Deutschland gebe. Das stärkte nicht zuletzt das Vertrauen unserer früheren Kriegsgegner in die neuerstandene Bonner Republik und begünstigte die Tendenz, die BRD in die internationale Gemeinschaft zu reintegrieren.

So liegen Fischers Verdienste weniger in den immer noch hart umkämpften Deutungsunterschieden und wissenschaftlichen Grabenkämpfen um die Entstehung des Weltkrieges von 1914, als vielmehr in seiner indirekten politischen Wirkung. Wissenschaftlich übergreifend hat der Hamburger Historiker zusätzlich gegen die überkommene, diplomatiegeschichtlich akzentuierte, traditionelle Auffassung den eher sozial- und wirtschaftsgeschichtlich akzentuierten Ansatz seiner Hamburger Schule gestellt. Dieser hat Frucht getragen, und mit anderen Forschern, die westdeutsche Geschichtswissenschaft insgesamt wieder auf internationales Niveau gehoben. So erscheint es überfällig, Fritz Fischer, der die Hamburger Universität auf internationalem Parkett bekannt machte, in der deutschen Wissenschafts-Republik den Platz einzuräumen, der ihm, jenseits allen kleinkarierten Streits, zukommt.

Dr. BERND F. SCHULTE

Fotoausstellung im Rathausfoyer:

»Tür für Tür zeig' ich dir«

Eberswalde (prest-ew). Noch bis zum 24. Februar zeigt die Eberswalder Hobbyfotografin Dr. Waltraud Voigt mit ihrer bereits vierten Ausstellung im Rathausfoyer Bilder von 42 Türen aus der Altstadt und der Bahnhofsvorstadt – unter dem Titel »Tür für Tür zeig' ich dir«.

Die 71-jährige berichtet dazu: »Mit den Türen zeigen sich vor allem die Handwerker im Straßenschild. Neben den modernen Haustüren aus Plastikmaterial sind die Leistungen der Bauleute früherer Jahre und Jahrhunderte zu sehen. Je nach Geldbeutel und Zweck des Gebäudes sind einmalige Kunstwerke für den alltäglichen Gebrauch entstanden. In den Siedlungen für Arbeiter und Handwerker waren es vor allem schöne Arbeiten aus Holz, zum Teil verziert mit Schmuckköpfen, ebenfalls aus Holz. So in der Ruhlaer Straße und der August-Bebel-Straße. Eisene Gitter vor Glasfenstern sieht man bei einst wohlbetuchten Eigentümern wie Geschäftsleuten und Unternehmern in der Schicklerstraße und an alten Villen in der Brunnenstraße, aber auch an der Judenstraße.«

Kommen Sie zu den Öffnungszeiten, montags bis donnerstags von 9 bis 18 Uhr, freitags von 9 bis 13 Uhr, ins Rathaus und gehen Sie auf Entdeckungsreise durch Eberswalde.

Die Fotografien bietet Frau Dr. Voigt auch wieder zum Kauf an – 5 Euro für ein Foto. Das Geld ist als Spende gedacht für die Stiftung »Terre des Femmes – Menschenrechte für die Frau e.V.«, die die Ärztin im Ruhestand seit vielen Jahren unterstützt.

»Terre des Femmes« ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Frauen und Mädchen, die durch internationale Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, persönliche Beratung und Förderung von einzelnen Projekten Frauen und Mädchen unterstützt.

Weitere Informationen dazu auch unter www.frauenrechte.de.

Wilhelm aus Westend

In diesem Jahr wird ein Roman erscheinen, auf den hiesige Leser besonders gespannt sein dürften. Ihre Heimat nämlich ist nicht nur Kulisse des Geschehens, sondern aktives und aktivierendes Element in einem Buch, in dem die Jugenderinnerungen eines nun schon Sechzigjährigen eine fabelbildende Rolle spielen.

Auch die Tatsache, daß berühmte und bedauernswerte Figuren aus dem Eberswalder Milieu der 60er und frühen 70er Jahre, oft nur karg verfremdet, in die Personage des Bandes aufgenommen wurden, dürfte Neugier und die Lust auf Entschlüsselung befördern. Nun ja, nicht gerade hehre Lektüremotive – aber wenn es der Wahrheitsfindung hilft... Der knabentötende Mitropakoch Hagedorn hat seinen Part, Koryphäen der hiesigen Koniferenforschung kriegt man zu Gesicht, und auch einige Pauker der EOS werden konterfeit.

Es war die Eberswalder Penne, wo der Autor nicht nur durch gewisse Widerspruchsbereitschaft seiner Stabü-Lehrerin gegenüber auffiel, sondern – dies vor allem – durch überlange, aber pfiffige und pointenreiche Hausaufsätze, zu denen bald auch Gedichte kamen, die der Wettbewerb »Schreibender Schüler« ihm entlockte. »Hier paradiert das Wissen in Bücherregimentem...« Wem geriet schon je mit sechzehn Jahren eine solche Verszeile in den Kopf, mit der sein Gedicht »Bibliothek« eröffnet? Der Jüngling sahnte alles ab, was es an Kreis-, Bezirks- und zentralen Preisen für »Junge Poeten« gab, was ihm an der Schule und im Lehrbetrieb zu Criewen, wo er die Rinderzüchtereiernte erlernte, zum Status eines seltsamen und doch geachteten Ausnahmeschülers verhalf. Nach dem Abitur brach der junge Mann nach Leipzig, Goethes »Klein-Paris«, auf, um Philosophie zu studieren, wechselte ins Dramaturgenfach und tat sich später, nicht untypisch für junge DDR-Autoren, in anderen Metiers um, war Heimerzieher und auch bei der Bahnpost in Halle tätig, wo er die Facharbeiterprüfung als Briefzusteller mit glänzendem Ergebnis ablegte.

Inzwischen war in der Reihe der »Poiesialben« (Verlag Neues Leben) sein erster Lyrikband erschienen, ein Bändchen genaugenommen, der aufhorchen ließ. Als 1986 eine weitere Gedichtsammlung mit dem provokanten Titel »Übungen im Joch« herauskam, hatte der Poet aus Eberswaldes Westend den Durchbruch geschafft. In Rezensionen wurde er mit Volker Braun verglichen, seine Gedichte fanden Eingang in die Lyrikseminare der Universitäten, Germanistikstudenten diplomierten mit Analysen seiner arbeiten, und 1987 wurde ihm der renommierte Grimm-Preis der Stadt Hanau verliehen. Der überraschende Ruhm war Bestätigung und Aufforderung in einem für den inzwischen Siebendundreißigjährigen, der aus seinem spartanischen Hallenser Gehäuse immer neue – also auch andere – Texte in die Welt schickte. Lyriksammlungen, in denen noch die märkische Erinnerungen, aber immer häufiger Spiegelungen der Saale- und Unstrutregion samt ihrer wechselbunten Ge-

schichte auftauchen; Hörsiel- und Dramenexperimente, das vergnüglich-tiefsinnige Kinderbuch »Erdmutter Warzenau« (1989), illustriert von seiner damaligen Frau Susanne Berner, Essays über Gott-, Welt- und aktuelle Kulturprobleme, geprägt durch bittere Ironie und unbedingte Toleranz, Kategorien, die einander bedingen und aufheben. Und zwischendurch, immer mal wieder, auch aphoristische Verse feinsten Humors, vereint in kostbar ausgestatteten und bebilderten, edlen Büchern, die nicht nur die Gier der Bibliophilen herausfordern. Ein Stadtführer (Halle) für Kinder machte die jüngeren Leser nicht nur mit der Saalemetropole, sondern, so ganz nebenher, auch mit der Art und Weise vertraut, Gesehenes geschickt zu schildern. Um den »werkbezüglichen« Exkurs zu runden, sei noch auf die Übertragung serbokroatischer Lyrik verwiesen, mit der er uns eine bislang unerschlossene Spezies südosteuropäischer Poesie zugänglich machte.

Lange recherchierte W.B. für seinen Roman »Meckels Messerzüge«, hockte in den anatomischen Kabinetten der Hallenser Uni, wälzte in Archiven und fraß sich durch vergilbte Dokumente, bis das Buch um die hallenser Anatomien-Brüder Meckel im Sommer 2011 erscheinen konnte. »Einen schauerromantischen Geschichtskrimi« nennt DIE ZEIT den Roman, in der »Mitteldeutschen Zeitung« ist die Rede von einem »Halle- und Deutschlandschmöker«, von einem »Krimi«, einer »Gothik-Novell« und einem »Kultur-Kolleg«. Erfährt man noch dazu, daß Napoleon, der Turnvater Jahn und Jean Paul zum Figurenensemble gehören, dürfte der Mobilisierung von Interesse genüge getan sein.

Wilhelm Bartsch, der seinen Nachnamen Liesegang mit seiner ersten Heirat ablegte, ist zu einem Literaten nationalen Rangs geworden. Zum Grimm-Preis haben sich inzwischen weitere Auszeichnungen gestellt, so der Kunstpreis des Freistaates Sachsen. 2010 wude Bartsch als ordentliches Mitglied in die Sächsische Akademie der Künste berufen, der auch Martin Walser und Erich Loest angehören.

Schade, daß seine Heimatstadt bisher kaum Kenntnis von der erstaunlichen Entwicklung Wilhelm Bartschs genommen hat, denn Dagmar Frederic hin und Ina Seidel her – er hat seiner Stadt zu einiger Berühmtheit verholfen. Ohne daß die merkte, daß mit Wilhelm Bartsch einer tief unten an der Saale schreibt, der das Zeug zum künftigen Ehrenbürger hat.

Wie wäre es, um das Manko an Kenntnis tilgen zu helfen, wenn das hiesige Gymnasium den »Ausnahmeschüler« von einst zu einer Lesung oder zur Plauderstunde über seine Pennälerzeit einladen tät? Ausnahmsweise.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Der Henker von Warschau

Das Fernsehen strahlte vor einiger Zeit eine Sendung aus, in welcher die Missetaten eines SS-Generals thematisiert wurden. Immerhin, wenngleich bei weitem nicht mit dem zu vergleichen, was zu Zeiten der DDR an Informationen dazu geboten wurde.

Berichtet wird über den SS-General Heinz Reinefarth, dem »Henker von Warschau«. Als »Höherer SS- und Polizeiführer Warthe« befahl er von August bis Oktober die Truppen zur Niederschlagung des Warschauer Aufstandes. Den brutalen Massenmorden seiner »Krieger« fielen über 200.000 Menschen zum Opfer. Am 30. September 1944 bekam Reinefarth für seine Mordtaten das »Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes«.



Den bewährten Mörder ernannte Hitler dann im Februar 1945 zum Festungskommandanten von Küstrin. Bei den schweren Kämpfen um Küstrin vor 67 Jahren verloren 5.000 deutsche und 6.000 sowjetische Soldaten ihr Leben. Der »Festungskommandant«, der gegen wehrlose Zivilisten so großen »Mut« bewiesen hatte, setzte sich mit seinen SS-Offizieren rechtzeitig ab. Dafür fiel er in Ungnade und wurde wegen »Feigheit vor dem Feind« zum Tode verurteilt. Reinefarth avancierte quasi zum »Opfer des Faschismus«, konnte sich aber im Durcheinander des militärischen Zusammenbruchs zur Westfront retten, wo er sich jenseits der Elbe den Briten ergab. Immerhin stand der SS-Gruppenführer und Polizeigeneral in Hamburg vor einem Gericht, das ihn aber »aus Mangel an Beweisen« frei ließ. So entging Reinefarth einer Verurteilung für seine Verbrechen und auch einer Auslieferung nach Polen.

Vielmehr machte er in der BRD eine politische Karriere. Von 1951 bis 1964 war er Bürgermeister der Stadt Westerland auf der Nordseeinsel Sylt. 1958 wurde er sogar für den »Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« in den Landtag von Schleswig-Holstein gewählt.

Erst acht Jahre später erzwangen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen seiner Kriegsverbrechen den Rückzug aus der Politik. Verurteilt wurde er nie. Ab 1967 war er in Westerland als Rechtsanwalt tätig, wo er 1979 fünfundsechzigjährig starb. Eine typische Karriere in der BRD, was angesichts der Hetze gegen alles, was auch nur nach DDR riecht, nicht aus den Augen verloren werden sollte.

NORBERT GLASKE

Zur B 167 neu – Einspruchsfrist läuft noch bis zum 17.02.2012

Bürger in Eberswalde, insbesondere der Breiten, der Eisenbahn-, der Heegermühler, der Eberswalder, der Boldt-, der Coppi- und der Angermünder Straße
Bürger in Finowfurt, insbesondere der Marienwerder, der Werbelliner der Trift- und der Walzwerkstraße

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Talraum des Finowkanals

Es geht um unsere Gesundheit, unsere Ruhe und unser Eigentum
 Es geht um das Planfeststellungsverfahren für das Projekt B 167 neu

- Wer** sich wegen Krach und Feinstaub um seine Gesundheit keine Sorgen macht
- Wen** es nicht stört, daß unsere Wohnstraßen Zubringer zur Autobahn sein werden
- Wer** Erschütterungen durch Schwertransporte ungerührt hinzunehmen bereit ist
- Wer** es gelassen sieht, daß es mit der Ruhe im Garten dann vorbei ist
- Wer** genügend Geld hat, um Schallschutzfenster selbst zu bezahlen
- Wer** damit leben kann, daß sein Haus dann nur noch die Hälfte wert ist
- Wen** auch lange Umwege nicht stören, um die »Knoten« zu erreichen.
- Wer** sich für den Üdersee, die Barschgrube, den Mäckersee und den Wald in Finowfurt, Finow und Nordend nicht interessiert

der sollte so tun, als ginge ihn das alles nichts an!

Ich gehöre nicht dazu. Ich mache mir schon Sorgen um unser aller Wohl.
 Wir, meine Frau und ich, sind nicht bereit, uns Lebensqualität nehmen zu lassen.
 Nur wer gegen die drohenden Verschlechterungen Einsprüche vorbringt und Ansprüche anmeldet, der kann später auch Ansprüche geltend machen.
 Dazu ist nicht mehr viel Zeit, genau nur noch bis zum 17. Februar 2012

Sichert Euch Eure Rechte! Das ist mein Vorschlag, mein guter Rat.

JOHANNES MADEJA, Kreistagsabgeordneter BVB/ Freie Wähler

In eigener Sache: Die zum Jahresanfang fälligen Abo-Rechnungen werden wie angekündigt mit dieser Ausgabe versendet. Wir bitten Sie freundlichst um Berücksichtigung. Alle Teilnehmer am Einzugsverfahren bitten wir, stets eine ausreichende Kontendeckung zu gewährleisten und im Falle von Änderungen uns unverzüglich zu informieren. Zurückgewiesene Lastschriften werden seitens der beteiligten Kreditinstitute mit hohen Rücklastgebühren belegt, die wir Ihnen dann leider in Rechnung stellen müssen.

BBP-Redaktion

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

»Revolver, Liebe, Zufall«

Am 17. und 18. Februar, jeweils um 20 Uhr, sowie am 19. Februar, um 16 Uhr hat unser neues Programm »REVOLVER, LIEBE, ZUFALL« Premiere.

Männer und Frauen – bereits eine spannungsgeladene Mischung. Sie können nicht miteinander – das stellt man in kunstreichen Wortgefechten nur allzu gern zur Schau. Sie können nicht ohne einander – das verbirgt man lieber hinter einer besonders rauen Fassade. Bringt man dann noch einen Revolver ins Spiel, nimmt der Zufall seinen Lauf.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen im Kulturbahnhof Finow (Bahnhofstraße 32, 16227 Eberswalde). *Ihr Theater Akzent*
www.theater-akzent.com

Junge Grafik in Greifswald

Der Eberswalder Grafiker Matthias Schwarz begleitet seit über einem Jahrzehnt Veranstaltungsreihen wie *Jazz in E.*, *Purpur* und *Guten Morgen Eberswalde* mit Skizzenbuch und Bleistift, um daraus Druckgrafiken zu schneiden. Eine Auswahl neuer Werke wird nun im Pommernhus im Rahmen der Ausstellung »Junge Grafik« neben Bildern von Hanna Birgit Neumann, Sven Bremer und Kristian Salewski gezeigt. Im Gegensatz zu 2003, wo Schwarz während der XXIII. Eldenaer Jazz-Evenings im Greifswalder Rathaus ausstellte, sind diesmal farbige Linol- und Holzschnitte zu sehen.

7.3. bis 6.5.2012 »Junge Grafik« · Pommernhus · Knopfstraße 1 · 17489 Greifswald · Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 10 - 16 Uhr, So. - 14 - 17 Uhr, samstags und feiertags geschlossen.

Die Vernissage ist am 7. März um 19 Uhr.

<http://www.mescal.de/schwarz/index.html>

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telex: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Archiv (Boskiewicz, 1957), Fischer, Markmann, Mierau, B. Müller, Stöwe
drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 2. Februar 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.3.2012, 12 Uhr.